



AUSGABE 14 · 36. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 21.12.2005

### Schneechaos

S. 3

Nach den Stromunterbrechungen im Münsterland setzt die Ursachenforschung ein. Der Landtag will Antwort auf die Frage, wie solche Ereignisse künftig vermieden werden können: Sind die Masten die Schwachstellen?

### Studiengebühren

S. 5

Nun ist es amtlich: Die Hochschulen können demnächst von ihren Studierenden Gebühren verlangen. Kontrovers und engagiert verlief die Debatte zwischen Befürwortern und Gegnern von Studiengebühren.

### Besorgnis

S. 8

Derzeit schnellt besorgniserregend die Zahl der Menschen wieder hoch, die an der Immunschwäche HIV, der Vorstufe von Aids, erkranken. Der Landtag debattierte darüber, ob an der Vorbeugung etwas geändert werden muss.

### Rückblick

S. 20 / 21

Das Geschehen im Landtag im Spiegel der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“: Nach der Landtagswahl hat eine neue Ära begonnen. Wichtige politische Wegmarken des ablaufenden Jahres in einer Zusammenfassung.

Lesen dient der Wissensvermittlung, der Horizonterweiterung, der menschlichen Entwicklung. Wer liest, der taucht in einen Kosmos der Gedanken und Ideen. Neben Schreiben und Rechnen ist gerade im Jahrhundert der elektronischen Medien Lesen eine unverzichtbare Kulturtechnik. Aber Lesen muss man lernen, am besten so früh wie möglich. Die Jungen und Mädchen auf dem Bild haben es gelernt – und es macht ihnen Spaß, wie man sieht. Sie besuchen die vierte Klasse einer Rateringer Grundschule und wechseln seit dem ersten Schuljahr über die Straße in die Zweigstelle der örtlichen Stadtbücherei. Lesen und Leseförderung ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe kurz vor Weihnachten (Seiten 11 bis 13).

Foto: Schälte

## Mobilität

Der größte europäische Verbund, der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), bewegt Tag für Tag drei Millionen Menschen. Sein Herz liegt im Revier, das Tarifgebiet erstreckt sich von Niederkrüchten bis Dortmund-Ost, von Dorsten bis Rommerskirchen. 20.000 Beschäftigte erbringen eine unverzichtbare Leistung für die Mobilität der Menschen – und für die Umwelt, weil sie viele Fahrten mit dem Pkw ersparen. Trotzdem ist der Verbund nicht über alle Kritik erhaben: Die Zersplitterung in zahlreiche Verkehrsbetriebe unter dem Dach des VRR wird angesichts leerer Kassen nicht nur von der Politik als Hindernis und Kosten treibender Faktor gesehen (Seite 19).



Spaß am Lesen –  
Freude am Lernen

# Inhalt

<b>Inhalt/Editorial</b>	<b>2</b>
<b>Masten unter die Lupe nehmen</b>	<b>3</b>
<i>Landtag diskutiert Konsequenzen aus den Stromausfällen im Münsterland</i>	
<b>Zwischen Sparstrumpf und Schlussbilanz</b>	<b>4</b>
<i>Opposition und Koalition streiten über den zweiten Nachtragshaushalt</i>	
<b>Streit um „Geld-zurück-Garantie“</b>	<b>5</b>
<i>Regierung bringt Gesetz über Studiengebühren im Landtag ein</i>	
<b>Minister: Überwachung funktioniert</b>	<b>6</b>
<i>Landtag diskutiert über Ursachen und Folgen des Fleischskandals</i>	
<b>Mehr Effizienz bei Bus und Bahn</b>	<b>7</b>
<i>Diskussion über befürchtete Mittelkürzungen durch den Bund</i>	
<b>Gemeinsam gegen Aids</b>	<b>8</b>
<i>Erschreckende Zunahme der Infektionen alarmiert Abgeordnete</i>	
<b>Kündigungen wegen Geldmangels?</b>	<b>9</b>
<i>Opposition sieht soziale Infrastruktur in NRW gefährdet</i>	
<b>Landtage gewinnen an Einfluss</b>	<b>10</b>
<i>Abgeordnete diskutieren den Stand der Föderalismusreform</i>	
<b>Leseratten werden (meist) nicht geboren</b>	<b>11</b>
<b>Vorlesen als tägliches Ritual</b>	<b>12 – 13</b>
<i>Interviews mit den schulpolitischen Sprecherinnen und Sprechern</i>	
<b>Die Zukunft der Behindertenintegration</b>	<b>14</b>
<i>Abgeordnete informieren sich auch über Krankenhausprobleme</i>	
<b>Streit um die Sonntagsruhe</b>	<b>15</b>
<i>Öffnungszeiten der Videotheken beschäftigt den Landtag</i>	
<b>Gleichstellung ist kein Luxus</b>	<b>16</b>
<i>Anhörung zum Thema einer geschlechtergerechten Haushaltspolitik</i>	
<b>Leben ist mehr als Beruf und Arbeit</b>	<b>17</b>
<i>Weiterbildung stellt Weichen in Richtung Ganzheitlichkeit</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>18</b>
<b>„25 Jahre gut verbunden“</b>	<b>19</b>
<i>Im Dienst von Millionen Menschen: der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)</i>	
<b>Von Wahlen, Präsidenten- und Papstbesuchen</b>	<b>20 – 21</b>
<i>Rückblick auf das Jahr 2005</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Porträt der Woche: Ralf Witzel (FDP)</b>	<b>23</b>
FCL: Gut gespielt und doch verloren	23
Impressum	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>

## Kompetenzerwerb mit vielen Seiten

Lesen macht schlau, Lesen entspannt, Lesen hält jung – das Loblied auf diese Kulturtechnik ließe sich weiter fortsetzen. Und wer nicht liest? Die Folgen kann man, wissenschaftlich erhärtet, an Untersuchungen wie Pisa und IGLU ablesen.

Fragt man einen jungen Menschen, heißt es oft: Ein Buch - igittigitt! Es gibt doch andere, bequemere Formen der Unterhaltung, Entspannung und des Lernens. Wirklich? Mehr als 40 Prozent der bei Pisa repräsentativ befragten 15-Jährigen gaben an, niemals freiwillig zu lesen. Weder ein Buch, noch eine Zeitung oder eine Illustrierte. Dazu passt die aktuelle Notiz aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: Deutschland liegt bei der Innovationsfähigkeit im Vergleich mit 13 Industrienationen nur auf dem sechsten Platz.

An den Haaren herbeigezogen? Christoph Schäfer von der Stiftung Lesen preist Lesen als die „billigste und wirkungsvollste Bildungsinvestition“.

PU – DER BÄR

Niemand behauptet ernsthaft, gegen Leseunlust würde nichts getan. Eher eine Kleinigkeit, aber nicht zu unterschätzen: Prominente lesen Kindern aus ihrem Lieblingsbuch vor, wie jüngst Wirtschaftsministerin Christa Thoben an einem Düsseldorfer Gymnasium aus „Pu – der Bär“. Die Bildungs- und Schulminister haben längst den Wert der Leseförderung erkannt und sie im Unterricht verankert.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Bibliothek und Schule ist ein Rezept, um die Leselust zu wecken oder zu fördern. Schon die Jüngsten lernen dort fast spielerisch den Umgang mit dem Buch – eine bleibende Erfahrung, wie sich gezeigt hat.

Und die öffentlichen Bibliotheken? Sie sind Sache der Kommunen und damit auch deren Sparzwängen ausgeliefert. Das Land seinerseits fördert die Bibliothekenlandschaft, gründet Modellprojekte und unterstützt Initiativen.

Aber Fortschritte sind nicht nur eine Frage des Geldes. Weniger Geld, aber mehr Besucher – das meldete vor einiger Zeit der Verband Deutscher Bibliotheken im Land. Steigerungen der Benutzer gibt es vor allem da, wo die Ausstattung mit Büchern und Medien auf dem neuesten Stand und wo die örtliche Bücherei besonders gut in ihrem Umfeld verankert ist.

Die Aufholjagd hat begonnen. Bei der übernächsten Pisa-Untersuchung 2009 will NRW den Durchbruch schaffen. Ehrgeizig, aber realistisch. **JK**



## Masten unter die Lupe nehmen

### Landtag diskutiert Konsequenzen aus den Stromausfällen im Münsterland

*Ende November tobte der Winter durch das nördliche NRW. Im Münsterland knickten Strommasten unter der Belastung durch Eis und Schnee. Tagelang fiel in 25 Gemeinden rund um Coesfeld und Borken der Strom aus, eine Viertelmillion Menschen hatte mit den Folgen zu kämpfen. Seitdem reißen die Fragen an den Energiekonzern RWE nicht ab. In der Debatte im Landtag Mitte des Monats ging es neben Haftungsfragen auch um politische Konsequenzen.*

Energieministerin Christa Thoben (CDU) sprach im Kontext der Aufarbeitung „wie die Situation entstehen konnte und wie wir sie künftig vermeiden“, von einer Lücke im staatlichen Kontrollsystem: „Das Gesetz sieht keine präventive Verpflichtung der Behörde, sondern sieht primär die Eigenverantwortung der Versorgungsunternehmen.“ Diese Zuständigkeiten, so Thoben, werde man nun neu überprüfen. Einen entsprechenden Antrag habe die Wirtschaftsministerkonferenz einstimmig verabschiedet: „Die Konferenz beauftragt den Arbeitskreis Energiepolitik, bis zur nächsten Sitzung einen Bericht vorzulegen, ob und auf welche Weise die Wahrnehmung über die Energienetze wirksamer gestaltet werden kann.“ Ihren Amtsvorgängern warf die Wirtschaftsministerin vor, in der Vergangenheit keine Fragen gestellt zu haben – angesichts von Strommasten aus ganz verschiedenen Jahren und Jahrzehnten.

Norbert Römer (SPD) konterte, der soeben vorgelegte Bericht sei nur durch das Engagement der SPD-Fraktion möglich geworden. Es gehe hier erstens darum festzustellen, „ob Vorsorge und Sicherheit von Netzen und Leitungen gegeben waren“. Zweitens, wie die Schadensbehebung und -begrenzung gelaufen sei und drittens, wie es sich mit dem Schadensausgleich verhalte. „Wir möchten gern den Vorschlag von RWE aufnehmen: Das Unternehmen will sich

selbst mit unabhängigen Gutachtern einem Audit-Verfahren unterziehen.“ Dies, so Römer, könne man ausweiten und die Bundesnetzagentur in die Lage versetzen, „Sicherheitsfragen zum wichtigen Bestandteil ihrer Arbeit zu machen“. Dann könne man am Ende „einen TÜV-Stempel drauf machen“. Den Liberalen schrieb er ins Stammbuch, „nicht immer nur auf das Spiel der Marktkräfte zu setzen“. Und wenn Innenminister Wolf fordere, alle Leitungen „zu verbuddeln“, müsse die Regierung auch die Folgen für die Strompreise benennen.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) wies darauf hin, man müsse aufgrund langfristiger Veränderungen des Klimas demnächst häufiger mit solchen Ereignissen rechnen. Da stelle sich in der Tat die Frage, „ob und inwieweit eine externe technische Überwachung dieser Anlagen erforderlich ist“, mahnte der Christdemokrat und verlangte Augenmaß. Man müsse Aufwand und Notwendigkeit sorgsam gegenüberstellen und sich vor „Schnellschüssen“ hüten. Allerdings erwarte er von einem Unternehmen, das aufgrund seiner marktbeherrschenden Stellung einen derartigen Handlungsspielraum habe, dass es sich nicht auf das gängige Schadenersatzrecht zurückziehe: „In anderen Ländern sind Energiekonzerne schon bei kleinsten Stromausfällen zum Ersatz verpflichtet.“ Möglicherweise würde das ja zu besserem Krisenmanagement und einer schnelleren Instandsetzung führen.

Sondersitzung in Sachen Stromausfall – der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitzender Hans-Joachim Reck, CDU) hat auf SPD-Antrag für die Sitzung am 9. Dezember als einzigen Verhandlungspunkt das Thema „Witterungsbedingte Stromausfälle in Nordrhein-Westfalen“ auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei kamen auch Sprecher des Energieunternehmens RWE und gewählte Vertreter der besonders betroffenen Kommunen im Münsterland zu Wort. Am Tag zuvor hatte sich der Innenausschuss (Vorsitzender Winfried Schittges, CDU) über Ereignisse und Konsequenzen von Landesregierung und RWE berichten lassen. Unser Bild zeigt den Ausschussvorsitzenden Reck (M.), Energieministerin Christa Thoben (L.) und den Vorstandsvorsitzenden der RWE Energy AG, Berthold Bonekamp (r.).

Foto: Schälte

Reiner Priggen (GRÜNE) verwies zunächst auf das „Positive“, auf die große Solidarität und den unermüdlischen Einsatz der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und der RWE-Mitarbeiter. Angesichts der Fragen, ob der Katastrophenschutz funktioniert habe und wo die Ursachen lagen, machte er Defizite in der Information aus: Nach eigener Aussage könne man vom Ministerium keine Details erfahren, weil man dort immer beim Unternehmen nachfragen müsse. Dieses Unternehmen habe nicht erkennen lassen, „dass es seit 1994 belegbare Erkenntnisse hatte, dass mit seinen Strommasten etwas nicht in Ordnung ist“. Kritik übte Priggen an dem seit 1994 anscheinend informierten Materialprüfungsamt: „Warum dieses Amt das nicht an die Landesregierung gemeldet hat, ist unverständlich.“

Dietmar Brockes (FDP) trat der Legende entgegen, Energieunterbrechungen seien nur in Deutschland aufgetreten. „Auch in den Niederlanden und in Belgien hatten wir umfangreiche Stromausfälle.“ Diese Jahrhundertwetterlage sei auch bei Haftungs- und Schadenersatzfragen zu berücksichtigen. Natürlich müsse die RWE-Informationspolitik vor dem Stromausfall geprüft werden, „aber die Tatsache, dass nicht nur Masten aus Thomasstahl eingeknickt sind, sondern auch neuere, macht deutlich, dass das Problem nicht allein auf diese Problematik zurückzuführen ist“.

## Zwischen Sparstrumpf und Schlussbilanz

### Opposition und Koalition streiten über den zweiten Nachtragshaushalt

*In zweiter Lesung hat der Landtag den zweiten Nachtragshaushalt für das laufende Jahr verabschiedet. Der Gesamtumfang beträgt 51 Milliarden, die Nettoneuverschuldung steigt um 2,2 auf insgesamt 7,4 Milliarden Euro. Die Regierungskoalition bezeichnete das Zahlenwerk als „bittere Schlussbilanz von Rot-Grün“. Die Opposition dagegen kritisierte die soziale Ungerechtigkeit und die verfassungswidrig hohe Neuverschuldung des Etats.*

Volkmar Klein (CDU) sagte: „Wir machen mit diesem zweiten Nachtragshaushalt klar, woher der Schmerz kommt, wo die Schulden unseres Landes entstanden sind und wohin sie gehören, nämlich in den Landeshaushalt.“ Die Koalition sei dafür angetreten, dass alle Bürger „beim Blick in die Bücher unseres Landes ein ehrliches Bild erhalten“. Der Nachtrag sei die erste Stufe für mehr Transparenz und Klarheit über die wirkliche Situation des Landes: „Jetzt muss es weitergehen.“ Die vom Finanzminister jüngst vorgelegten Eckdaten für den Haushalt 2006 zeigten, „nun wird Ernst gemacht und wir räumen auf“. Die vorgesehenen Kürzungen sparten keinen Bereich aus und seien darum ausgewogen. Dennoch würden klare Zeichen beispielsweise für mehr Bildung gesetzt. „Der Haushalt 2006 ist solide.“ Die eingeschlagene Konsolidierung werde die nächsten Jahre weitergehen.

Gisela Walsken (SPD) entgegnete: „Wer bei Geld für das Spielzeug in Tausenden von Kindergärten spart, um die Lobby der Landwirtschaft mit zusätzlichen Mitteln anzufüttern, sollte sich nicht zum Moralisten aufspielen.“ Die Koalition plane höhere Schulden, weniger

Chancen und zusätzliche Privilegien für wenige. Das sei der Geist jetzt und im kommenden Jahr. Mit diesem Etat würden die Grundsätze der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit verletzt, weil Einnahmen, etwa 840 Millionen zusätzliche Steuern, verschwiegen werden. Ohne Not würden in wirtschaftlich gesunde Betriebe (Bau- und Liegenschaftsbetrieb BLB sowie Beteiligungsgesellschaft BVG) 1,2 Milliarden gepumpt; durch diesen Haushaltstrick lege sich die Regierung einen „Sparstrumpf“ an. Die Regierung habe die höchste Schuldenaufnahme in der Geschichte des Landes zu verantworten, sie habe die Verschuldung künstlich in die Höhe getrieben und überschreite die Verfassungsgrenze um 1,5 Milliarden. Damit reiße die Koalition ihre selbst gelegte Messlatte – für eine „Politik ohne Herz und Verstand“.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) rechnete mit der Politik der Koalition ab: „Sie treiben die Verschuldung des Landes in die Höhe. Von im Wahlkampf versprochener Haushaltskonsolidierung keine Spur. Sie brechen Ihre Wahlversprechen, insbesondere was die Kinder- und Jugendpolitik angeht. Ihre Politik ist insgesamt absolut enttäuschend.“

Statt „Glück auf“ bleibe ihm an dieser Stelle leider nur „Gute Nacht NRW!“ zu sagen. Die Regierung könne nicht immer nur auf die Vergangenheit verweisen. Sie sei bis 2010 gewählt, „Sie müssen doch mal handeln“.

Angela Freimuth (FDP) bezeichnete den Nachtrag als „Abschlussbilanz der Politik von Rot-Grün“. Die vergangene Koalition habe in den letzten Jahren den Landeshaushalt und damit alle Gestaltungsmöglichkeiten zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger „vor die Wand gefahren“. 111 Milliarden Euro Schulden habe man angehäuft, die moralische Entrüstung über die Schuldenaufnahme jetzt hätte sie sich bei Rot-Grün schon in den letzten zehn Jahren gewünscht. Schwarz-Gelb werde Prioritäten setzen, auch wenn das unter den vorgefundenen Bedingungen schwierig sei. Konsolidierung und Sanierung werde es geben, dafür aber keine „Luftbuchungen“ und Schönrechnereien mehr: „Im Laufe der Legislaturperiode werden wir dazu kommen, mit Wahrhaftigkeit verfassungskonforme Haushalte aufzustellen.“

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) griff am Ende in die Debatte ein. Er bat die Opposition sich zu entscheiden, welchen Vorwurf sie der Regierung eigentlich mache: Werde nun zuviel oder zu wenig gespart? Der Nachtragshaushalt sei ein „Haushalt der Transparenz und Ehrlichkeit“. Es gebe keine Luftbuchungen mehr und es werde auch kein Tafelsilber verkauft. Wenn Schulden von Landesbetrieben in den Landesetat übernommen und die Betriebe damit entschuldet würden, dann sei das eine normale Angelegenheit und kein Sparstrumpf (Linssen: „Ich hätte ihn gern.“), denn es werde nicht irgendwo Geld angelegt, „das wir irgendwo verbrauchen können“.

Zwei neue Abgeordnete sind von Landtagspräsidentin Regina van Dinther (r.) verpflichtet worden. Den Platz von Bärbel Höhn hat die GRÜNE-Abgerodnete Dr. Ruth Seidl aus Wassenberg (M.) eingenommen. Der Arnberger Gerd Stüttgen (SPD, l.) ist für Peer Steinbrück nachgerückt. Steinbrück und Höhn sind in die Bundespolitik gewechselt und nach Berlin gegangen.

Foto: Schälte

# Streit um „Geld-zurück-Garantie“

## Regierung bringt Gesetz über Studiengebühren im Landtag ein

Ab dem Wintersemester 2006/2007 haben die Hochschulen in NRW die Möglichkeit, von Studienanfängern Studienbeiträge von bis zu 500 Euro pro Semester zu erheben. Ab Sommersemester 2007 soll dies für alle Studierenden möglich sein. So will es die schwarz-gelbe Landesregierung. In wortreicher und streckenweise hitziger Debatte zur ersten Lesung stritten die Abgeordneten um den Gesetzentwurf (Drs. 14/725). Im Zentrum der Diskussion stand die so genannte „Geld-zurück-Garantie“.

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) nannte das Studienbeitragsgesetz das „freiheitlichste und sozialverträglichste aller Bundesländer“. Jede Hochschule entscheide selber, ob und in welcher Höhe sie Studienbeiträge einführen will. Die Obergrenze betrage 500 Euro. Bei den Studienbeiträgen handele es sich um „echte Zusatzeinnahmen für die Hochschulen“, die zweckgebunden für die Verbesserung von Lehre und Studienbedingungen verwendet werden müssen. Zudem verteidigte Pinkwart die „Geld-zurück-Garantie“ als „partnerschaftliche Suche nach besten Lösungen“. Ein individuelles Klagerecht sei ausdrücklich nicht vorgesehen: „Wir wollen, dass sich Studenten und Professoren im Hörsaal und nicht im Gerichtssaal treffen.“ Der Opposition warf er vor, durch das Streuen von Fehlinformationen betreibe sie „billige Angstmache“, die glücklicherweise auf wenig Resonanz bei den Studierenden stoße.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, warf dem Minister vor, er rede wider besseres Wissen von einer „Geld-zurück-Garantie“, die im Gesetz aber überhaupt nicht verankert sei: „Das empfinde ich als Dreistigkeit!“ Der schwarz-gelbe Gesetzentwurf lege die Entscheidung über die Rück-

zahlung nicht gerechtfertigter Studiengebühren einzig und allein in die Hände der Hochschulen. Entgegen der Lippenbekenntnisse des Ministers hätten Studenten keinen Rechtsanspruch auf finanzielle Entschädigung. Die Landesregierung habe die Klagemöglichkeit für Studierende bewusst herausgestrichen, in dem Wissen, dass es massenweise erfolgreiche Klagen geben würde. Der Gesetzentwurf führe dazu, „dass Kinder aus sozial schwachen Familien bis in den Mittelstand hinein nicht mehr an unseren Hochschulen studieren werden“.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) fand es schlichtweg ungerecht, „wenn wir ein System aufrechterhalten, in dem die Eltern für den Besuch eines Kindergartens bezahlen und ein angehender Meister Tausende von Euro für die Meisterschule hinblättern muss, aber die Studierenden weiterhin eine kostenfreie Hochschulausbildung genießen können“. Von daher müsse jeder im Land seinen Beitrag leisten. Mit maximal 500 Euro pro Semester werde im Übrigen ein

Bruchteil der tatsächlichen Kosten abgedeckt. Den Großteil finanziere der Staat. Zudem sei er überzeugt, dass die Studierenden die Beiträge bei entsprechender Gegenleistung der Hochschulen akzeptieren werden. Darüber hinaus biete der Entwurf Studierenden die Möglichkeit, die Beiträge erst dann zu entrichten, wenn sie ihr Studium abgeschlossen haben und selbst genügend Geld verdienen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) kritisierte, die Landesregierung verabschiede sich mit dem Gesetzentwurf „gezielt aus ihrer sozialen und bildungspolitischen Verantwortung“. Er wälze die gesamte politische Verantwortung auf die Hochschulen ab. Dadurch entstehe dort ein „gigantischer Verwaltungsaufwand“, für den kein zusätzliches Personal zur Verfügung stehe. Konkret bedeute dies: „Keine verbindlichen Sozialstandards, kein externes Qualitätscontrolling, keine Festlegung von Verantwortlichkeiten.“ Dies lasse sich nur noch als „Politik der Beliebigkeit“ bezeichnen. Auch die Zweckbindung der Einnahmen aus den Studiengebühren bezeichnete sie als „reine Makulatur“. Schließlich flössen über 20 Prozent der Gebühren direkt in einen Risikofonds, um ausfallende Rückzahlungen zu decken.

Christian Lindner (FDP), dessen Redebeitrag mehrfach durch Zwischenrufe von der Zuschauertribüne unterbrochen wurde, zeigte sich erstaunt über die Ausführungen: „Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass eine grüne Politikerin zur Lordsiegelbewahrerin des Einflusses der Ministerialbürokratie werden könnte.“ Beim überwiegenden Teil der Studierenden finde der Gesetzentwurf der Landesregierung Akzeptanz. Dies habe nicht zuletzt die verhaltene Resonanz bei der für den Vortag groß angekündigten Studentendemo vor dem Landtag gezeigt. An die Opposition: „Sie haben die Studierenden in überfüllten Hörsälen sitzen lassen, während wir ihnen Perspektiven anbieten wollen. Das ist der Unterschied!“



Minister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP)

Hannelore Kraft (SPD)

Dr. Michael Brinkmeier (CDU)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Christian Lindner (FDP)

Fotos: Schälte

# Minister: Überwachung funktioniert

## Landtag diskutiert über Ursachen und Folgen des Fleischskandals

*Was da in den letzten Wochen in Kühlhäusern in NRW von Kontrolleuren gefunden wurde, hat vielen Verbrauchern die Lust auf Fleisch vermiest. Ursachen und Folgen der unappetitlichen Angelegenheit beschäftigten das Landesparlament zu Beginn seiner morgendlichen Sitzung Anfang Dezember in einer Aktuellen Stunde - sozusagen auf nüchternen Magen.*

Friedhelm Ortgies (CDU) verteidigte die Landesregierung gegen Vorwürfe: „Minister Uhlenberg hat umfassende Maßnahmen verkündet. Ich glaube, dass diese beispielhaft sein können.“ Rot-Grün erinnerte er daran, „dass Sie in diesem Ministerium zehn Jahre lang die Verantwortung hatten“. Durch konsequente Kontrolle habe die Lebensmittelüberwachung Betriebe und Händler gestellt, die kriminell gehandelt haben. „Hier muss rigoros durchgegriffen werden. Auch, wenn es vielleicht teurer wird“, meinte Ortgies und warnte davor, „nur auf den billigsten Preis zu schauen“. Dies sei, betonte der Landwirt, „kein Skandal der Produktionsstufe“. Die Bauern hätten in den letzten Jahren effektive Qualitätssicherungssysteme etabliert. „Fragen Sie mal in einer Imbissbude, woher das Fleisch kommt. Vielleicht hilft das schon“, rief er den Abgeordneten zu.

Svenja Schulze (SPD) sah System hinter dem Skandal: „Es ist das zweite Mal in diesem Jahr, dass die Branche mit derartigen Praktiken öffentlich wird. Wir haben es nicht mit Einzeltätern zu tun.“ Der Landesregierung warf sie Versagen vor. „Während in Berlin Verbraucherminister Seehofer nach wenigen Tagen mehr Transparenz verlangt und Firmen öffentlich nennen will, dauert es hier Wochen, bis der

Minister informiert.“ Schulze forderte ein Verbraucherinformationsgesetz. „Wir hätten schon 2002 für mehr Transparenz sorgen können. CDU und FDP haben das auf Bundesebene verhindert.“ Minister Uhlenberg lavierte herum, stelle sich schützend vor Firmen, die gegen Verbraucherinteressen agieren.

Holger Ellerbrock (FDP) konstatierte, „die Kontrolldichte in Nordrhein-Westfalen ist unterdurchschnittlich“. Das habe die Verbraucherzentrale bereits 2003 der rot-grünen Landesregierung bescheinigt. „All das, was heute gefordert wird, hätte seit 1995 in eigener Verantwortung durchgesetzt werden können.“ Mit einem Acht-Punkte-Programm will der Liberale dem Problem Herr werden – von der verstärkten Kontrolle durch Staat und Wirtschaft, über ein weg von der „Geiz-ist-Geil“-Mentalität bis zur Offenlegung derer, die gegen das Lebensmittelrecht verstoßen. Allerdings könne man nicht „mit jedem Verdachtsfall nach draußen gehen“. „Wir leben in einem Rechtsstaat. Bei uns gilt die Unschuldvermutung.“ Die derzeit diskutierten Vorgänge seien kriminell. „Es sind aber zum Glück nur Einzelfälle. Aber auch diese Fälle müssen wir ausschalten. Wir müssen deutlich machen: Unsere Lebensmittel in NRW sind vom Prinzip gut.“

Johannes Rimmel (GRÜNE) griff Uhlenberg an: „Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie in Ihrer Zeit, bevor Sie Minister geworden sind, Interessensvertretung für die Fleischwirtschaft gemacht haben. Ich werfe Ihnen aber vor, dass Sie diese Brille bis heute nicht abgenommen haben.“ Wenn es darum gehe, gesetzliche Lücken zu schließen, bleibe Uhlenbergs Position „lauwarm“. „Wenn es darum geht, wirklich etwas für die Verbraucher zu tun, sprechen Sie von Dialog.“ Horst Seehofer sei da ein ganzes Stück weiter. Er forderte die Landesregierung auf, sich ebenfalls für ein Verbraucherinformationsgesetz einzusetzen. Dass in der Durchsetzung einer neuen Struktur in der Lebensmittelüberwachung „etwas nicht gelungen“ sei, habe an erheblichen Widerständen der kommunalen Seite gelegen.

Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) betonte, die Aufdeckung sei Beispiel dafür, „dass in NRW das Netz der Überwachung grundsätzlich funktioniert“. Die Mitarbeiter der Lebensmittelüberwachung arbeiteten unter harten Bedingungen und hätten seinen „vollen Respekt“. Informationen, die auf von der Staatsanwaltschaft abgesicherten Erkenntnissen basieren, habe sein Haus „zeitnah veröffentlicht“, sagte der Minister. Unabhängig von den aktuellen Fällen habe die Landesregierung „die Verbesserung der Lebensmittelkontrolle als zentrales Thema in ihr Arbeitsprogramm zur Verwaltungsreform aufgenommen“, sagte er und verwies auf sein 15-Punkte-Programm. Auch wenn man nie vollständig gegen kriminelle Energie gefeit sei, müsse man alles tun, „um diesen schwarzen Schafen das Handwerk zu legen“.



Der Landtag sendet Festtagsgrüße an die Menschen in Nordrhein-Westfalen: Das Landtagspräsidium, an der Spitze Landtagspräsidentin Regina van Dinther (2.v.r.) – auf dem Bild vor der Wappenwand im Plenarsaal zusammen mit Vizepräsidentin Angela Freimuth (2.v.l.) sowie den Vizepräsidenten Edgar Moron (r.) und Dr. Michael Vesper (l.) – wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes geruhsame Weihnachtstage und alles Gute zum neuen Jahr.  
Foto: Schälte

Foto: Schälte

## Mehr Effizienz bei Bus und Bahn

### Diskussion über befürchtete Mittelkürzungen durch den Bund

*„Ministerpräsident Rüttgers und Bundesfinanzminister Steinbrück verkaufen den Nahverkehr in NRW“ – die Grünen sind der Meinung, die im Berliner Koalitionsvertrag vereinbarte Kürzung der Regionalisierungsmittel gefährde die erfolgreiche NRW-Bahnpolitik. Darum setzten sie die Debatte dieses Themas im Rahmen einer Aktuellen Stunde Anfang des Monats durch.*

Oliver Keymis (GRÜNE) kritisierte Ankündigungen aus den Reihen der Berliner Großen Koalition, bei den Regionalisierungsmitteln bis 2009 rund drei Milliarden Euro einzusparen – auf NRW umgerechnet mache das rund 490 Millionen Euro aus. Bundesfinanzminister Steinbrück und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers, der mit am Verhandlungstisch gesessen habe, hätten somit „eindeutig die Interessen von NRW verkauft“. Wenn der Landesverkehrsminister ankündige, „dass er ab dem Jahr 2007 für Kürzungen bereit steht“, dann gebe es dazu noch kein Konzept. Auf die Kunden des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) kämen erhebliche Preissteigerungen, Strecken- und Angebotskürzungen zu. Keymis: „Wenn die Leute aufs Auto umsteigen, kollabiert unser Verkehrssystem.“ Die Grünen stünden zur Förderung von Bussen und Bahnen: „Wir wollen eine leistungsfähige Infrastruktur.“

Bernd Schulte (CDU) beruhigte: „Es besteht aufgrund der Koalitionsvereinbarung in Berlin kein Grund, in Panik und Hektik zu verfallen.“ Bei der anstehenden Novellierung des Regionalisierungsgesetzes werde man den Standpunkt des Landes zur Geltung bringen und besser verhandeln als die Regierung der Vergangenheit. „Und wir werden unsere landesgesetzlichen Hausaufgaben machen, die Durchlässigkeit der

Verkehrsträger herstellen“, fügte er an. Durch Strukturveränderungen lasse sich möglicherweise mit weniger Geld mehr erreichen, „um den Nahverkehrsstandard in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und weiterzuentwickeln“.

Bodo Wißen (SPD) warf den Grünen vor, es gehe ihnen in ihrem Antrag vorrangig um Quantitäten und nicht um Qualitäten. Er halte auch die Gleichung Mittelkürzungen = Angebotskürzungen = Qualitätseinbußen für sehr fragwürdig. Andererseits dürften die Länder die Regionalisierungsmittel des Bundes auch nicht zweckentfremdet einsetzen – dass das in NRW auch weiterhin nicht geschieht, darauf werde die SPD achten –, denn nur das könne Berlin zur Kürzung veranlassen haben. Im Übrigen seien die Kürzungen noch spekulativ, sie stünden nicht im Koalitionsvertrag, sondern seien allenfalls Nebenabreden mit den Ministerpräsidenten der Länder: Was der nordrhein-westfälische Regierungschef Rüttgers davon wisse – oder ob er sie gar gebilligt habe?

Christof Rasche (FDP) unterstrich ebenfalls den spekulativen Charakter der Kürzungsmeldungen; es sei unredlich so zu tun, als sei alles schon beschlossene Sache. Damit wollten die Grünen die Bürger im Lande nur verunsichern. Kürzungen und die Revision des Regionalisie-

rungsgesetzes seien nicht ohne Zustimmung der Länder möglich, betonte Rasche. Dabei werde es zu einer Grundsatzdiskussion über die Förderung des ÖPNV in Bund und Ländern kommen. Der Abgeordnete: Erst Diskussion, dann Anpassung der Mittel. Wenn man die Pro-Kopf-Verteilung der Mittel anschau, dann komme NRW zu schlecht weg, „das ist ein Versäumnis der rot-grünen Koalition“. Aus dieser Verantwortung wollten sich die Grünen mal wieder herausstehlen.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) betonte, die Mittel seien bis 2007 festgeschrieben, darum werde es im kommenden Jahr auch keine Veränderungen geben. Wenn gekürzt werde, dann jene 22 Millionen Euro bei den Schülerbeförderungskosten – das habe die rot-grüne Bundesregierung 2004 übrigens mit Zustimmung der Grünen beschlossen. Darum empfehle er mehr Gelassenheit und Ehrlichkeit. Dazu gehöre, dass auch der ÖPNV einen Beitrag zur Haushaltssanierung zu leisten habe. Aber zum Sparen gehöre die Frage, wie intelligent dies geschieht: Auf Kosten der Fahrgäste oder durch Abbau von Wasserköpfen, Strukturveränderung und möglichst effizienten Einsatz der Mittel – „auf diese Debatte bin ich gespannt“. Was die Effizienz angehe, so erinnerte der Minister an die Entbürokratisierung: Weiterhin wie bisher jede Schülerfahrkostenregelung einzeln bescheiden und damit „mehr Geld in die Verwaltung stecken als in die tatsächliche Verkehrsleistung zu investieren“.

## Gemeinsam gegen Aids

### Erschreckende Zunahme der Infektionen alarmiert Abgeordnete

*Am Welt-Aids-Tag, dem 1. Dezember, hat sich der Landtag mit einem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen („Dem Anstieg der HIV-Infektionen entgegen-treten, Präventionsarbeit zu HIV und Aids weiterent-wickeln“, Drs. 14/709) auseinandergesetzt. Die beiden Koalitionsfraktionen stellten dem ihren Entschließungsantrag („Gemeinsam gegen Aids: Wir übernehmen Verantwortung – für uns selbst und andere“, Drs. 14/826) gegenüber. In direkter Abstimmung wurde der Oppositionsantrag abgelehnt, der schwarz-gelbe Antrag angenommen.*

**Britta Altenkamp** (SPD) machte auf die steigende Zahl der Neuinfektionen auch in NRW aufmerksam. Das Aids-Risiko werde nicht mehr als so groß angesehen. Mit den Präventionskampagnen drin-ge man nicht mehr durch. Darum müssten Kampagnen und Maßnah-men weiterentwickelt werden. Es müsse mindestens so viel getan werden wie bisher, „wenn auch mit anderen Schwerpunkten und mit anderen Zielrichtungen“ als in der Vergangenheit. Aber Koalition und Landes-regierung sollten das Problem nicht nur im Antrag darstellen, sondern daraus auch politische Schlussfolgerungen ziehen.

**Andrea Asch** (GRÜNE) nannte die Meinung, die Krankheit Aids sei wegen des medizinischen Fortschritts nicht mehr ganz so schlimm, einen „fatalen Trugschluss“. Aids sei immer noch nicht heilbar, die Betroffenen hätten eine weit-aus geringere Lebenserwartung, bedürften dauerhafter ärztlicher Behandlungen und müs-sen furchtbare Nebenwirkungen und massive gesundheitliche Einschränkungen in Kauf nehmen. Sie verlangte eine starke Ausrichtung der Präventionsarbeit auf das Internet, forderte mehr Mittel und bedauerte, dass ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen nicht zustande gekom-men ist.

**Ursula Monheim** (CDU) ergänzte: „Nicht nur die Politik, sondern jeder Einzelne trägt Verant-wortung, und nur gemeinsam lässt sich der Kampf gewinnen.“ Dieser Kampf müsse inter-national geführt werden („Wir müssen Aids als globales Phänomen begreifen“), denn die Auswirkungen seien auch bei uns zu spüren,

zumal ein Viertel der deutschen Aidskranken-ten und -infizierten sich im Ausland angesteckt hätten.

**Dr. Stefan Romberg** (FDP) war ebenfalls der Meinung, „Aids ist kein deutsches, kein nord-rhein-westfälisches Problem“. Es sei auch nicht mehr allein das Problem der Risikogruppen, sondern der Gesellschaft: „Mittlerweile haben wir auch in NRW über 10.000 Infizierte, 1.500 Aidskranke und schon 60 infizierte Kinder“. Diese Tatsache müsse mehr in den Vorder-grund gestellt werden, erklärte Romberg und verlangte, dass dringend neue Formen der Ansprache entwickelt werden, „denn die alten Kampagnen scheinen nicht mehr so wirksam zu sein“. Da reiche es nicht aus, einen neuen Haushaltsansatz zu fordern wie SPD und Grüne.

**Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann** (CDU) bestätigte, dass die Bekämpfung von Aids Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung ist: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Aidsprävention ein breites politisches und gesellschaftliches Anliegen bleibt.“ Und: „Wir müssen der zunehmenden Sorglosigkeit ent-schieden entgegenwirken, ohne damit zugleich

Panik zu schüren.“ Vorbeugung ist und bleibe der beste Schutz vor der behandelbaren, aber nicht heilbaren Krankheit Aids. Er werde dafür sorgen, dass trotz der Haushaltslage der Fortbe-stand der wesentlichen Elemente der Aidsprä-vention und der Hilfsstrukturen nicht gefährdet werde. In der Aidsaufklärung benötige man neue Ideen, Fantasie und gerade in den Schulen ein stärkeres Engagement.

**Rainer Bischoff** (SPD) entgegnete, bei der stärkeren Einbeziehung der Schulen sei es nicht hilfreich, wenn, wie geschehen, Schulbücher ein-gezogen werden, die sich mit Homosexualität auseinandersetzen. Sicher gehe es nicht nur um Finanzen, fügte er hinzu, aber „mit warmen Wor-ten am Welt-Aids-Tag ist es auch nicht getan“.

**Chris Bollenbach** (CDU) sagte: „Wir müssen verstärkt und frühzeitig auf die gezielte Infor-mation junger Menschen setzen: HIV und Aids dürfen nicht stigmatisiert werden.“ Dazu schlug er die Integration verbindlicher und qualitätsge-sicherter Präventionsangebote im Schulunter-richt zum Beispiel durch den Ausbau und die qualitative Verbesserung des Sexualkundeun-terrichts und eine verstärkte Multiplikatoren-schulung als Hauptziel vor.

Die Debatte des Landtags zum Welt-Aids-Tag nutzte die Aidshilfe, um mit einem Informationsstand für das Anliegen zu werben, entschieden gegen die weitere Ausbreitung der Immunschwächekrankheit vorzugehen und den betroffenen Menschen zu helfen. Ein – neben Aufklärungsbroschüren – probates Mittel: Die Sammelbüchse.

Foto: Schälte



# Kündigungen wegen Geldmangels?

## Opposition sieht soziale Infrastruktur in NRW gefährdet

*Durch die verspätete Einbringung des Landeshaushaltes 2006 sind soziale Einrichtungen landauf landab in ihrer Existenz bedroht oder zumindest gezwungen, Mitarbeiter zu entlassen. Das zumindest fürchtet die SPD und fordert in ihrem Antrag (Drs. 14/710) die Landesregierung auf, noch in diesem Jahr klare Perspektiven für die Träger in NRW zu schaffen.*



Norbert Killewald (SPD) erklärte: „Die Träger sind sich durchaus bewusst, dass Kürzungen kommen werden.“ Den Haushaltsentwurf erst am 15. Februar einzubringen, gefährde die Existenz vieler Einrichtungen schon deshalb, weil „die komplementären Mittel der kommunalen Familie meist unter dem Finanzierungsvorbehalt des Landeszuschusses, häufig sogar unter dem Vorbehalt der Höhe“ stehen. Selbstverständlich sei es schwierig, nach Wahlen schnell einen Haushalt vorzulegen. Die SPD habe das immer geschafft, auch weil die Träger wissen müssten, woran sie sind. Für NRW als das „soziale Gewissen der Republik“ – zitierte der Sozialdemokrat den Ministerpräsidenten – sei „ein schneller Fahrplan eines Haushaltsgesetzes mit schneller gesetzlicher Klarheit vonnöten“.

Norbert Post (CDU) verbat sich, was die Planungssicherheit der Träger angehe, Krokodilstränen der SPD: „Ihnen ist sicherlich geläufig, dass dies über den Erlass möglich ist.“ Sicher seien die anstehenden Kürzungen „einschneidend“. Die Vertrauensverhältnisse bedingen aber, dass den Trägern eine Zeit eingeräumt werden müsse, um sich auf neue Bedingungen einzustellen. Für die nach 39 Jahren SPD notwendige „strikte Umsteuerung“ brauche man etwas mehr Zeit – „anderthalb Monate Verlängerung bis über das Ende des Jahres“.

Barbara Steffens (GRÜNE) widersprach: „Sie sagen hier, mit den Trägern seien Gespräche

geführt worden. Die Mails, die ich jeden Tag bekomme, sprechen eine andere Sprache.“ Erst wenn der Finanzminister den Erlass zu den Bewirtschaftungsregelungen herausgebe, herrsche Klarheit – zumindest über die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung. „Die liegen aber noch nicht auf dem Tisch.“ Die Landesregierung forderte sie auf, „heute klar zu sagen, was die Träger in NRW bekommen und wie die Menschen vor Kündigungen geschützt werden“.

Dr. Stefan Romberg (FDP) stellte klar, „eine Gefährdung sozialer Einrichtungen findet nicht statt“. Der Opposition warf er „nicht passende Einlassungen“ vor: „In wenigen Monaten kann man das marode NRW nicht sanieren, das wissen Sie.“ Er habe den Eindruck, die SPD versuche eine vernünftige Haushaltskonsolidierung zu verhindern. „Wir wollen langfristig einen echten Schuldenabbau. Das ist das Sozialste, was es gibt.“

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) verstand „überhaupt nicht, warum Sie dieses Thema hier anzeteln“. Auch nach früheren Landtagswahlen habe es regelmäßig Verschiebungen gegeben, wies er auf die Haushalte 1981, 1991 und 2001, die jeweils erst im Haushaltsjahr selbst unterschrieben wurden. „Und das ist ja der entscheidende Punkt.“ Die Einbringung des Haushaltsgesetzes werde definitiv nicht mehr im Jahr 2005 erfolgen. Planungssicherheit für die Träger bringe – weit mehr als die geforderte Einbringung – jedoch der noch in der ersten Dezemberhälfte zu erwartende Kabinettsbeschluss zum Regierungsentwurf. Der sei Grundlage für den Erlass des Finanzministers für die vorläufige Haushaltsführung.

## „Übliches Verfahren“

### Ministerium informiert Ausschuss über vorläufige Haushaltsführung

„Sicherheit für die Träger sozialer Einrichtungen noch vor der Jahreswende.“ Diesen Anspruch stellten die Abgeordneten aller Fraktionen im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales an ihre Debatte rund um die Folgen der späten Haushaltseinbringung (Drs. 14/710).

Noch vor Weihnachten liege der Haushaltsentwurf der Regierung „titelscharf“ vor, so die ministerialen Experten um Staatssekretär Professor Stefan Winter. Minister Karl-Josef Laumann (CDU) hatte sich – zum Ärger der Opposition – mit der Haushaltsklausur entschuldigt. Damit sei die Grundlage für eine „vorläufige Haushalts-

führung“ geschaffen. Noch vor den Feiertagen sollen – so die Planung – die Bewilligungsbehörden „bedingte Bewilligungsbescheide“ vor allem an die Träger versenden, die Fördermittel für Personal erhalten. Gültig sind sie bis zur Verabschiedung des eigentlichen Landeshaushaltes durch das Parlament. Auch wenn sie dadurch keine endgültige Rechtssicherheit böten, sei das ein durchaus übliches Verfahren im Zuge der Liquiditätssicherung, so das Ministerium. Erhalten können solche Bescheide auch nur die Einrichtungen, die bereits gefördert werden. Damit, so die Vertreter der Koalition, sei der Antrag der SPD erledigt. Die jedoch zweifelte, ob die ansonsten langwierigen Verfahren in so kurzem Zeitraum abgewickelt werden können. vok

## Landtage gewinnen an Einfluss

### Abgeordnete diskutieren den Stand der Föderalismusreform

Über die Vereinbarung der Koalitionsparteien der neuen Bundesregierung für eine Föderalismusreform hat Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) die Abgeordneten des Landtags unterrichtet. Es schloss sich eine lebhaft und sachliche geführte Debatte an.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) forderte: „Wir müssen den Föderalismus wieder zu einer Ideenschmiede unserer Demokratie machen.“ Derzeit seien 60 Prozent der im Bundestag verabschiedeten Gesetze im Bundesrat zustimmungspflichtig, das solle auf 35 bis 40 Prozent reduziert werden. Auf der anderen Seite bekämen im Bereich der Gesetzgebungskompetenzen die Länder wieder deutlich mehr Gestaltungsfreiheit. So zum Beispiel bei der Bildung: Dort wird der Bund anstelle der Rahmengesetzgebungskompetenz im Hochschulwesen nur noch eine konkurrierende Zuständigkeit für die Hochschulzulassung und die Hochschulabschlüsse haben. Damit liege der weitaus größte Teil der Hochschulgesetzgebung bei den Ländern. Rüttgers: „Das passt in das Konzept eines auf Freiheit und Verantwortung aufbauenden Hochschulwesens.“

Beim Naturschutz, bei Landschaftspflege, Bodenverteilung, Raumordnung und Wasserhaushaltsrecht erhalte der Bund anstelle der bisherigen Rahmengesetzgebungskompetenz die volle konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit. Das habe den Vorteil, dass Vorgaben der EU künftig rasch umgesetzt werden können. Zudem werde der Bund („Ich begrüße das ausdrücklich“) ein einheitliches Bundesumweltgesetzbuch verwirklichen können. Im Gegenzug könnten die Länder umfassend abweichen – unter Beachtung der EU-Vorgaben.

Dass die Länder die Gesetzgebungskompetenz für die eigenen Landes- und Kommunalbeamten im Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht wieder erhalten, sei angesichts der hohen Personalkos-



Ministerpräsident  
Jürgen Rüttgers (CDU)



Wolfram Kuschke (SPD)



Werner Jostmeier (CDU)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Fotos: Schälte

ten nicht nur wichtig für eine eigenverantwortliche Haushaltspolitik, sondern auch für die Verwaltungsmodernisierung. Es gehe dabei aber nicht, betonte der Ministerpräsident, um „einen Absenkungswettkampf in der Beamtenbesoldung“.

Es müsse nach dieser Föderalismusreform eine zweite Stufe kommen, in der es um die föderale Finanzverfassung gehe, verlangte der Regierungschef. Dazu benötige man einen weiteren Abbau der Mischfinanzierungen. Es gehe auch um die eigene Steuergesetzgebungskompetenz der Länder. Außerdem werde man über den bundesstaatlichen Finanzausgleich sprechen müssen. Der müsse modern sein und nicht wirtschaftliches Wachstum und solide Staatsfinanzen bestrafen, sondern belohnen. Alles in allem bringe die Reform mehr Selbstbestimmung und Selbstverantwortung – „und damit mehr De-

mokratie“. Rüttgers: „Die Abgeordneten der Landtage werden die politischen Gewinner der Föderalismusreform sein.“

Wolfram Kuschke (SPD) meldete Klärungsbedarf an, wie die Landesregierung sich den weiteren Weg nach Wegfall der Rahmengesetzgebung vorstellt. Der Sprecher mahnte klare Vereinbarungen über Unterrichtspflichten gegenüber dem Parlament an, um den Landtag frühzeitig einzubeziehen.

Werner Jostmeier (CDU) nannte die wesentlichen Ziele der Föderalismusreform: Klare Strukturen und Kompetenzen, Bürokratieabbau „mit getrennten Kassen“, Wiederherstellung der politischen Handlungsfähigkeit, klare Stellung und mehr Kompetenzen für die Landesparlamente, saubere Kompetenzen bei EU-Vorgaben und keine Durchgriffsrechte der Bundesebene auf die Kommunen. Mit Blick auf die erreichten Vereinbarungen der Großen Koalition stellte er fest: „Das ist im Wesentlichen erreicht.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, zeigte sich enttäuscht: Das Ergebnis genüge nicht den Anforderungen an die Reform des Staatswesens. Hier komme es auf die Verabredung gemeinsamer Kriterien und nicht auf die Festlegung starrer Kompetenzkataloge an. Sie kritisierte vor allem die Regelungen im Forschungs- und Bildungsbereich. Die gingen in eine völlig falsche Richtung und machten die jungen Menschen „zu ganz klaren Verlierern“.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, nannte als Kernpunkte seiner Partei für die Reform unter anderem die umfassende Entflechtung der Finanzbeziehungen mit einer Steuerautonomie für die Bundesländer. Ferner sei eine Veränderung des Verfahrens zur Neuordnung der Bundesländer erforderlich. Papke forderte weiter: Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben, Verankerung der Hochschulautonomie im Grundgesetz, Personalhoheit der Länder im Beamtenrecht und Verankerung von Stabilitätskriterien im Grundgesetz. Die FDP wolle eine echte Gesamtreform und kein Stückwerk.

# Leseratten werden (meist) nicht geboren

## Schule und Stadtbücherei wollen noch enger zusammenarbeiten

*Lesen ist die wichtigste Schlüsselqualifikation in der Wissensvermittlung. Die Pisa-Studie des Jahres 2003 hat bewiesen, dass nordrhein-westfälische Schüler im Alter von 15 Jahren Nachholbedarf im Lesen haben. Innerhalb von drei Jahren konnten sich die Schüler aus NRW zwar verbessern, jedoch liegt das immer noch weit unter dem OECD-Durchschnitt. Auch die Studie zur Internationalen Grundschul- und Leseuntersuchung, kurz IGLU genannt, bescheinigt keine guten Ergebnisse. Hier liegt Nordrhein-Westfalen unter dem deutschen Mittelwert im Bereich Lesen – wenn auch noch über dem internationalen Durchschnitt.*

**K**inder müssen so früh wie möglich durch Vorlesen und Erzählen gefördert werden. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Eltern, die ihren Kindern vorlesen, drastisch zurückgegangen: Etwa ein Drittel der Eltern mit Kindern im Vor- und Grundschulalter lesen ihren Kindern regelmäßig vor. Die anderen zwei Drittel fördern ihre Kinder nicht durch regelmäßiges Vorlesen.

Öffentliche Bibliotheken und Schulbüchereien können entscheidend dazu beitragen, dass Eltern und Kinder Freude am Vorlesen und Lesen bekommen. Im Rahmen der landesweiten Leseförderung hat das Land von 2002 bis 2004 gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung das Projekt „Medienpartner Bibliothek und Schule“

verwirklicht: In 38 Kommunen haben die Bibliotheken und jeweils mindestens vier Schulen neue Formen der Zusammenarbeit erprobt. Alles in allem waren 213 Schulen beteiligt.

Mit dem Projekt sollte die Kooperation von Bibliothek und Schule systematisch und langfristig verankert werden. Wegen des Erfolgs hat die Landesregierung zusammen mit dem Städte- und Gemeindebund des Landes im April dieses Jahres den Grundstein zur Landesinitiative „Bildungspartner NRW – Bibliothek und Schule“ gelegt. Sie ist auf fünf Jahre angelegt. Die Initiative soll öffentliche Bibliotheken dabei unterstützen, sich den Schulen ihres Einzugsbereichs als Bildungspartner zu öffnen. Die Schulen sind aufgefordert, den „Medienpartner“ Bibliothek in den Unterricht einzubeziehen.

Neben anderen Projekten fördert das Land gezielt Bibliotheken, die Angebote zur vorschulischen Lese- und Sprachförderung machen.

Rund 100 Bibliotheken wurden in den vergangenen zwei Jahren finanziell unterstützt. Die groß angelegte Aktion der öffentlichen Bibliotheken im vergangenen Jahr stieß auf große Resonanz: Ob unter der Überschrift „Li-La-leseleicht“ oder mit der Frage „Bist du auch lesekalisch?“ gelang es, mehr als 25.000 Vorschulkinder mit ihren Eltern sowie Erzieherinnen anzusprechen. Rund 440.000 Euro wurden für die vielfältigen Projekte ausgegeben. Das Land trug circa 240.000, für den Rest kamen die Kommunen auf.

Unter den beteiligten Büchereien war unter anderem auch die Stadtbücherei Bochum. Waltraud Richartz-Malmede, die Verantwortliche der Stadtbücherei Bochum für das Projekt „Bis du auch lesekalisch“, ist vom Sinn der Leseförderung überzeugt: „Das gemeinsame Betrachten von Bildern, die Weiterverarbeitung des Gehörten durch Erzählen, Malen und Spielen unterstützen die Entwicklung von Fantasie und Kreativität, fördern die Sprachfähigkeit, schulen Geduld, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit und motivieren zum Selberlesen.“ Gerade auch durch die persönliche Zuwendung beim Vorlesen würden Kindern positive Erlebnisse im Zusammenhang mit Büchern vermittelt.

Die Bibliothekarin freut sich über die große Resonanz bei den Vorlesestunden. Für das neue Projekt „Bochum liest vor! – VorleseNetzwerk für Bochum“ engagieren sich über 90 Bochumer Bürgerinnen und Bürger als Vorlesepaten. Damit nicht genug: Durch zweisprachige Vorlesenachmittage will die Stadtbücherei gezielt Kinder aus Zuwandererfamilien fördern. Dennoch können Büchereien die familiäre Förderung nicht ersetzen, höchstens ergänzen, so Waltraud Richartz-Malmede.

Allerdings machen die unvermeidlichen Sparmaßnahmen auch vor den Bibliotheken nicht halt. Im Jahr 2004 wurden siebzehn Standorte der kommunalen Bibliotheken geschlossen. Bei vier dieser Schließungen handelt es sich um Bücherbusse, das heißt also um mobile Bibliotheken. Also: Der Weg zur nächsten Bücherei wird länger. Auch an der Gehührenschrube wird da und dort gedreht. **BK**

## Zahlen und Summen

Auf das Land Nordrhein-Westfalen kommen etwa 580 kommunale Bibliotheken; 230 sind hauptamtlich besetzt und werden von ausgebildeten Bibliothekarinnen und Bibliothekaren geleitet. Außerdem gibt es an die 1.300 kirchliche Bibliotheken, wovon die meisten in katholischer Trägerschaft sind. Stadtbüchereien sind eine kommunale Aufgabe. Seit 1999 werden Landesmittel projektbezogen bereitgestellt.

### Kommunale Bibliotheken

Jahre	Finanzielle Aufwendungen gesamt	davon Landesmittel
2000	169.370.453 €	2.590.232 €
2001	160.923.262 €	2.641.559 €
2002	165.248.992 €	2.112.752 €
2003	180.971.940 €	1.531.240 €
2004	181.900.537 €	794.605 €



Fotos: Schälte

# Vorlesen als tägliches Ritual

## Interviews mit den schulpolitischen Sprecherinnen und Sprechern

*Lesen gehört zweifellos zu den Grundvoraussetzungen für Bildungserfolg. Wem als Kind oder Jugendlichen der Zugang zum geschriebenen Wort verwehrt bleibt, kann dieses Versäumnis oftmals ein Leben lang nicht aufholen. Die Pisa- und IGLU-Ergebnisse haben es gezeigt: Rund ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in NRW haben erhebliche Mängel bei der Lesekompetenz. Wie Eltern, Schule und Politik dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenwirken können, darüber sprach „Landtag intern“ mit Klaus Kaiser (CDU), Ute Schäfer (SPD), Sigrid Beer (GRÜNE) und Ingrid Pieper-von Heiden (FDP).*

**Hat angesichts der Masse an elektronischen Medien das „gute Buch“ als Weihnachtsgeschenk ausgedient?**

**Kaiser:** Wenn ich mich in meinem Bekanntenkreis umsehe, habe ich den Eindruck, das Buch ist aktueller denn je. Das Buch liegt wieder im Trend. Das gilt erfreulicherweise auch für meine Kinder, die Bücher gerne als Geschenk annehmen. Gerade im Hinblick auf die Pisa- und IGLU-Ergebnisse erscheint es mir wichtig, einen stärkeren Akzent auf die Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen zu legen. Das beginnt bereits bei kleinen Kindern damit, dass ihnen von den Eltern vorgelesen wird. Gemeinsames Vorlesen schafft eine positive Grundstimmung und sorgt dafür, das Lesen von Anfang an als etwas Schönes wahrgenommen wird.



Klaus Kaiser (CDU)

**Schäfer:** Ich hoffe nicht. Es gibt ein wunderbares arabisches Sprichwort: „Ein Buch ist wie ein Garten, den man in der Tasche trägt.“ Ich kann Eltern, Jugendliche und Kinder nur dazu ermuntern, sich gegenseitig Bücher zu schenken. Ich glaube, dass das Buch niemals ausdient wird. Ein Buch ist etwas, das ich in die Hand nehmen kann, das ich an einen Ort mitnehmen kann, an dem ich mich wohl fühle und mit dem ich mich lesend auf Phantasie Reisen in andere Welten begeben kann. Beim Lesen entstehen eigene Bilder in meinem Kopf. Andere Medien, wie das Fernsehen zum Beispiel, geben diese Bilder schon vor.

**Beer:** Nach meinen Erfahrungen ist das nicht so. Ich beteilige mich regelmäßig an Vorleseaktionen in Kinderbüchereien und Bibliotheken. Der Wert und die Bedeutsamkeit des Lesens ist

gerade durch die aktuelle Diskussion um die Bildungspolitik wieder deutlich mehr in den Fokus der Menschen und insbesondere der Eltern gelangt. Ich habe den Eindruck, dass das Buch trotz der neuen Medien eine Renaissance erlebt. Gerade die Begeisterung der Kinder und Jugendlichen für Bücher wächst. Unser Ziel muss es sein, auch die Kinder an Bücher heranzuführen, die bisher über die Familie nicht oder nur wenig damit in Berührung gekommen sind. Hier nehmen Kindergarten und Schule eine ganz wichtige Rolle ein.

**Pieper-von Heiden:** Das glaube ich nicht und ich erle-

be es auch anders in meinem Umfeld. Allerdings ist es nicht bei allen Kindern gleichermaßen leicht, das Interesse für Bücher zu wecken. Eltern sollten die Tradition des regelmäßigen Vorlesens wieder aufgreifen – eine alte Tugend, die leider bei vielen Familien eingeschlafen ist. Dabei dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass Kinder mit Migrationshintergrund hier oftmals benachteiligt sind. Ihre Eltern sind vielfach nicht in der Lage, den Kindern in deutscher Sprache vorzulesen. Hier muss man andere Möglichkeiten finden, um die Lesefreude auch bei diesen Kindern zu wecken. Dazu gehören so begrü-



Ute Schäfer (SPD)

benswerte Ansätze wie Lesepatzen-Projekte, bei denen sich zum Beispiel Prominente bereit erklären, Kindern im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen vorzulesen.

**Wird in Nordrhein-Westfalen genug für die Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen getan?**

**Kaiser:** Es gibt sicherlich eine Menge Möglichkeiten und bereits eine Vielzahl von Initiativen. Viele Einrichtungen haben die Förderung der Sprach- und Lesekompetenz als wichtiges und notwendiges Thema erkannt und in ihre Arbeit integriert. Das gilt sowohl für den vorschulischen und schulischen Bereich wie auch für außerschulische Angebote. Konkret bedeutet das: Leseförderung beginnt schon in den Kindergärten, indem den Kindern „Appetit“ auf Bücher gemacht wird. Weiter geht es in den Grundschulen und Schulen, die neben der Leseförderung im Unterricht auch die Möglichkeit haben, den Schülerinnen und Schülern über eigene Schulbüchereien Bücher kostenlos zugänglich zu machen. Aber auch die öffentlichen Bibliotheken und Büchereien sind wichtige Kooperationspartner, wenn es darum geht, das Lesen bei Kindern und Jugendlichen durch zielgruppengerechte Projekte und Angebote zu fördern.

**Schäfer:** Wir haben in den vergangenen Jahren in NRW viel angestoßen, insbesondere in den Kindertageseinrichtungen. Hier lernen die Kinder das Medium Buch bereits über Bilderbücher kennen. Zudem haben wir an den Grundschulen viele Lese- und Erzählwettbewerbe veranstaltet. Eine ganz besondere Aktion war „Bücherwurm NRW“, bei der wir mit Kinderbuchautoren zusammengearbeitet haben. Die Resonanz an den Schulen war außerordentlich positiv. Unsere Kinder und Jugendlichen lesen und schreiben gern. Eins ist jedoch eine unabding-

bare Voraussetzung für Lesebegeisterung: Sie muss früh geweckt werden. Eltern müssen ihren Kindern vorlesen. Das Vorlesen ist der erste Zugang, den Kinder zu Büchern haben. Ich appelliere also nochmals an die Eltern, das Vorlesen zu einem täglichen Ritual zu machen, solange die Kinder noch nicht selbst lesen können.

**Beer:** Bei der Leseförderung sind hierzulande bereits sehr starke Bemühungen spürbar. Trotzdem lässt sich die Förderung sicherlich noch weiter vorantreiben. Einige Schulen haben zum Beispiel Lesemütter und Lesegroßeltern in das Schulangebot integriert, die Vorlesestunden anbieten. Es geht darum – auch über die Grundschule hinaus –, Kinder an Bücher heranzuführen, sie für Bücher zu begeistern und vor allen Dingen auch deutlich zu machen, dass die eigene Fantasiewelt viel spannender sein kann als die, die ich auf der Mattscheibe erlebe. Was den Zugang zum Lesen betrifft, können wir uns an Finnland ein Beispiel nehmen. Wir sollten davon abweichen, die Kinder- und Jugendliteratur allzu voreilig in gute und schlechte Bücher einteilen zu wollen. Ich sehe beispielsweise kein Problem darin, wenn Kinder über Comics oder Sachbücher zum Lesen kommen. Auch das begeistert für das Lesen.

**Pieper-von Heiden:** In diesem Bereich kann das Land noch mehr tun. Insbesondere die Grundschulen müssen wieder verstärkt den Schwerpunkt auf die Leseförderung setzen. In den Klassenzimmern muss einfach wieder mehr laut und in der Gruppe gelesen werden. Zudem müssen mehr Lesehausaufgaben gestellt werden. Nur so kann das Leseverständnis nachhaltig gefördert werden. Lesen ist die Grundlage für jedes schulische Handeln –, aber auch für den Erfolg im späteren Leben. Es gibt ganz viele Kinder, die beispielsweise naturwissenschaftlich besonders begabt sind, aber Defizite in der Sprach- und Lesekompetenz haben. Trotz ihres guten Fachwissens werden diese Kinder immer Probleme haben, sich gegenüber Mitschülerinnen und Mitschüler mit guter Sprach- und Lesekompetenz aber vielleicht viel weniger Fachwissen

behaupten zu können. Wenn Schule hier nicht korrigierend eingreift, bleiben diese Probleme mitunter bis ins Erwachsenenalter erhalten.

**Die Landesregierung will den Kulturetat in den nächsten fünf Jahren verdoppeln. Wie sollen die Stadtbüchereien und Bibliotheken davon profitieren?**

**Kaiser:** Wir müssen daran denken, dass Bibliotheken mit zur notwendigen Infrastruktur gehören. Das gilt insbesondere auch für den ländlichen Raum. Die Unterhaltung der Bibliotheken fällt zwar in den Aufgabenbereich der Kommunen, aber das Land kann sich aus der Förderung der Bibliotheken nicht vollkommen zurückziehen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass künftig nicht nur Stadtbibliotheken sondern auch Büchereien, die sich in freier Trägerschaft wie zum Beispiel der Kirchen befinden, von einer Landesförderung profitieren. Zudem muss Förderung nicht zwangsläufig mit Geldausgaben verbunden sein, sondern kann auch im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement erfolgen. Beispielsweise könnten Schülerinnen und Schüler die Bücher, die sie ausgelesen haben und nicht mehr lesen wollen, der Bücherei ihrer Schule und damit nachfolgenden Schülergenerationen zur Verfügung stellen.



Sigrid Beer (GRÜNE)

Fotos: Schälte

den Ganztagsgrundschulen viele Kooperationen angeregt hat. Diese Kooperationsmöglichkeiten zwischen Stadtbibliotheken und Schulen können sicher noch intensiviert werden. Leider ist in der Vergangenheit zu beobachten gewesen, dass viele Schulen ihre Schülerbüchereien vernachlässigt haben. In Ganztagschulen müssen wir den Bereich der Ruheräume, der Lesecken und Schülerbibliotheken verstärkt fördern.

**Beer:** Ich hoffe, dass es durch enge Kooperationen zwischen den bereits vorhandenen Stadtbibliotheken und den Schulen zu einem Ausbau der Schulbibliotheken kommt. Bibliotheken sollten zu Anlaufpunkten werden, wo die Kinder gerne hingehen, wo sie sich auskennen und wo sie mit speziell auf ihre Bedürfnisse und Interessen abgestimmten Angeboten angesprochen werden. Einige Bibliotheken machen das mit Aktionen wie Gespenstergeschichten-Lesenächten mit Übernachtung und anschließendem Frühstück bereits vor. So wird das Lesen zu einem ganzheitlichen Erlebnis. Eine Stärkung der Bibliotheken schafft die notwendige Infrastruktur für die Leseförderung. Damit würde auch Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien der Zugang zum Medium Buch ermöglicht.

**Pieper-von Heiden:** Ich hoffe natürlich, dass die Bibliotheken erheblich davon profitieren werden. Aus meiner eigenen Heimatkommune weiß ich, dass viele Bibliotheken große Überlebensschwierigkeiten haben. Es wäre daher wünschenswert, dass Mittel aus einem erhöhten Kulturetat in eine bessere personelle sowie materielle Ausstattung der Büchereien und Bibliotheken fließen. Das würde eine enorme Attraktivitätssteigerung für die Bibliotheken bedeuten. Wie in so vielen Bereichen werden wir aber auch hier künftig nicht auf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer verzichten können – ganz im Gegenteil.

*Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.*



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

# Die Zukunft der Behindertenintegration

## Abgeordnete informieren sich auch über Krankenhausprobleme

*Nicht nur das Land steht vor erheblichen finanziellen Problemen. Auch die beiden Landschaftsverbände kämpfen mit sinkenden Einnahmen. Vor allem in Bereichen, mit denen sie die berufliche Integration behinderter Menschen finanzieren. „Wie kann man einer solchen Entwicklung begegnen?“ lautete nur eine der Fragen, mit denen sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) vor Kurzem zu beschäftigen hatte.*

**B**esonders der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) steht vor einer prekären Situation. Während sich beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) Ausgaben und Einnahmen noch in etwa die Waage halten, übersteigen in Westfalen die Kosten die Einnahmen bei weitem. „Bisher konnte das aus Rücklagen finanziert werden – bisher“, so die Fachleute aus dem zuständigen Ministerium. Denn während beim LVR noch 116,5 Millionen in der Kasse schlummern, verfügt der LWL über gerade einmal 35,5 Millionen Euro Rücklage.

Dabei könnten sinkende Einnahmen im Bereich berufliche Integration behinderter Menschen durchaus ein Grund zur Freude sein. Schließlich finanziert sich das System im Wesentlichen durch die so genannte Ausgleichsabgabe, die Unternehmen ab einer bestimmten Größe zahlen, wenn sie nicht genügend Menschen mit Behinderung beschäftigen. Nun ist es aber leider nicht so, dass mehr behinderte Menschen einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt finden und deshalb weniger Betriebe Abgaben zahlen.

Gründe für die Einbußen sind vielmehr der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, die gestiegene Zahl der Insolvenzen und die neu geschaffene Staffelung in der Abgabenstruktur. Allerdings, so erfuhren die Politiker, sei das Loch in der Kasse auch ein strukturelles Problem: Je älter die arbeitende Bevölkerung im Durchschnitt wird, desto höher wird auch der Anteil derer, die auf staatliche Integrationshilfen angewiesen sind. Die entsprechende Quote ist in den letzten Jahren von 3,8 auf 4,0 gestiegen.

Mit durchaus problematischen Ergebnissen: So überlegt der LWL derzeit, im Jahr 2006 keine Neugründungen von Integrationsunternehmen zu fördern, beim LVR denkt man über Begrenzungen nach. Entwicklungen, auf die



**Gold für den Landtag –** für seinen behindertengerechten Internetauftritt hat der Landtag NRW die „Goldene Biene“ erhalten. „BIENE“ steht dabei für „Barrierefreies Internet eröffnet neue Einsichten“. Damit setzte sich der Landtag gegen Webseiten des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, der Deutschen Bundesbank sowie des Integrationsamtes des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe durch. Zu dem stolzen Erfolg meint Landtagspräsidentin Regina van Dinther: „Ich wünsche mir, dass die Auszeichnung des Landtags die Behörden in NRW anspornt, die Anforderungen des Gesetzes über die Barrierefreiheit zu verwirklichen.“

Foto: Schälte

der Landtag nur begrenzt Einfluss nehmen kann. Trotzdem – da waren sich die Volksvertreter einig – müsse man schauen, „ob hier nicht an den Rahmenbedingungen etwas geändert werden kann“.

Um Rahmenbedingungen wird es demnächst wohl auch in einer Anhörung gehen: Auf Antrag der SPD sollen sich Experten mit der finanziellen Zukunft nordrheinwestfälischer Krankenhäuser beschäftigen. Grundlage ist der SPD-Antrag (Drs.14/712) „Neuinvestitionen des Landes in Krankenhäuser für eine gute und sichere medizinische Versorgung ist unverzichtbar!“ Durch die derzeitige Sparpolitik der Landesregierung, sah unter anderem Barbara Steffens (GRÜNE) die finanzielle Planungssicherheit der ohnehin schon gebeutelten Kliniken bedroht. „Die Neuinvestitionen haben Bestand“, konterte Dr. Stefan Romberg (FDP). Und Rudolf Henke (CDU) ergänzte, es gehe „nur um weitere Bescheide. Und die würden eh in 2006 nicht wirksam.“ Außerdem habe es solche „Aussetzer“ bereits in den 80-er Jahren gegeben.

Wie die Fördermittel des Landes verwandt werden, musste der Ausschuss anschließend an

einem ganz konkreten Beispiel diskutieren. Unter anderem die Industriegewerkschaft Bau hatte Vorwürfe erhoben, beim mit Landesmitteln geförderten Bau des Klinikum Minden gehe nicht alles mit rechten Dingen zu. „Mir liegen Arbeitsverträge vor, bei denen keine Tariflöhne gezahlt werden und Lohnzettel, bei denen die Zeiten nicht stimmen können“, so SPD-Sprecher Rainer Schmeltzer.

Parallel zu dieser Sitzung, so Staatssekretär Professor Dr. Stefan Winter, finde gerade eine Großrauzia auf der Baustelle statt. Zudem berichtete er von verschiedenen Maßnahmen, die im Baustellenalltag aber auch nach Bekanntwerden der Vorwürfe unternommen worden seien, um unter anderem die Tariftreue auf vom Land geförderten Baustellen zu gewährleisten. Weiteren Handlungsbedarf für die Politik gebe es jedoch nicht, so Vertreter der zuständigen Fachabteilung auf die Frage von Norbert Post (CDU). Das sah Inge Howe (SPD) anders: „Hier geht es um die Umsetzung des Tariftreuegesetzes. Wenn es da Nachregelungsbedarf gibt, ist das natürlich Sache des Ausschusses.“

volk

# Streit um die Sonntagsruhe

## Öffnungszeit der Videotheken beschäftigt den Landtag

*Für die Antragsteller eine klare Sache: Wir öffnen sonntags unsere Geschäfte und schaffen landesweit 600 neue Arbeitsplätze. 120.000 Menschen haben diese Forderung durch ihre Unterschrift unterstützt. Wenn uns aber die Öffnung an Sonn- und Feiertagen nicht erlaubt wird, dann schießen die automatisierten Ausgabestellen ohne Personal ins Kraut, das führt zum Abbau von Arbeitsplätzen und gefährdet den gesetzlichen Jugendschutz.*

So ungefähr ließe sich der Tenor der Stellungnahmen zusammenfassen, die die Vertrauenspersonen der Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung „Sonntagsöffnung der Videotheken“ vor dem Hauptausschuss unter dem Vorsitz von Werner Jostmeier (CDU) abgaben. Daneben ergriffen Sprecher der Kirchen, der Wirtschaft, der Gewerkschaft und ein Jurist das Wort. Ergebnis: Die unterschiedlichen Standpunkte sind (übrigens seit 2002, als das Thema schon einmal erörtert wurde) geklärt. Aber das macht die Sache für die nicht leichter, die Anfang kommenden Jahres die politische Entscheidung über das Anliegen der Volksinitiative fällen müssen, die Abgeordneten des Landtags.

### AUSNAHMEN

Einer der Sachverständigen sprach vermutlich allen aus der Seele. Hans-Georg Crone-Erdmann von der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern NRW, sah sich an einen Schweizer Käse erinnert: So viele Ausnahmen gebe es inzwischen, die vom Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe abwichen. Dazu noch niedergelegt in einer Vielzahl von Gesetzen und Vorschriften. Sein Verdikt war, dass die gesetzliche Grundlage zur Regelung des Sachverhalts „absolut unzureichend“ ist.

Er richtete den Appell an die Abgeordneten,

bei der Regelung des Ladenöffnungsrechts alle Aspekte zur Sonn- und Feiertagsarbeit im Blick zu haben und dabei den Sonntags- und Feiertagsschutz „etwas liberaler“ zu handhaben, etwa indem Teile des Sonntags freigegeben werden.

Das stieß beim Sprecher des Interessenverbands des Video- und Medienfachhandels in Deutschland (IVD), Hans-Peter Lackhoff, auf offene Ohren. Unter Hinweis auf die Sonntagsöffnung bei den 1.300 kirchlichen Büchereien in den verschiedenen nordrhein-westfälischen Bistümern gab er die Zusage, „im Interesse einer fairen Interessenabwägung“ sollte die Öffnung der Videotheken an Sonntagen nicht vor 13 Uhr beginnen. Lackhoff verwies auf großzügigere Regelungen in anderen Bundesländern und widersprach in diesem Zusammenhang der Vermutung, die sonntägliche Videothekenöffnung könnte eine ganze Reihe von „Nachfolgeforderungen“ nach sich ziehen: Das sei eine unbewiesene Befürchtung.

Schon jetzt arbeite jeder zehnte der abhängig Beschäftigten regelmäßig sonntags, erklärte Folkert Küpers-Kroll von der Gewerkschaft ver.di. Nur dringend notwendige Arbeit werde von der Verfassung für den Sonntag zugelassen;

die vielen heutigen Ausnahmen in Arbeitszeitgesetz, Feiertagsgesetz, Ladenschlussgesetz und Bedarfsgewerbeverordnung seien „verfassungsrechtlich problematisch“. Würde den Videotheken die Sonntagsarbeit erlaubt, wäre das eine zusätzliche Ausnahme, die weitere nach sich ziehen würde: „Deshalb ist die Sonn- und Feiertagsarbeit in den Videotheken abzulehnen.“ Die verlängerten Ladenöffnungszeiten hätten zudem bisher nicht zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze geführt.

### AUTOMATEN

Die beiden Sprecher der Kirchen, Rudolf Krebs vom Evangelischen und Dr. Karl-Heinz Vogt vom Katholischen Büro, erinnerten an die Formulierung des geltenden Feiertagsgesetzes, wonach Sonn- und Feiertage als „Tage der Gottesverehrung, der seelischen Erhebung, der körperlichen Erholung und der Arbeitsruhe“ geschützt seien. Der Betrieb einer Videothek sei öffentlich wahrnehmbar und eine auf Gewinnerzielung ausgerichtete typisch werktägliche Arbeit. Er widerspreche dem Wesen der Sonn- und Feiertage. Die „seelische Erhebung“ brauche Gemeinschaft, sei eine gemeinsame soziale Zeit. Der Sonntag sei „Beziehungstag“ und oft noch die einzige Insel, auf der sich Menschen begegneten. Menschen hätten allemal Vorrang vor Gewinnmaximierung.

Wegen der sonntags geschlossenen Videotheken verbreiteten sich verstärkt die Automatenvideotheken ohne jedes Personal, das beraten, verleihen und auch kontrollieren könne. Das sei ein „Bärendienst“, nicht zuletzt für den Jugendschutz. Denn der sei in Automatenvideotheken von den Behörden nur schwer zu überprüfen. Das erklärte Rechtsanwalt Dr. Marc Liesching aus München. „Faktisch bestehen bei Automatenvideotheken erhebliche Jugendschutzdefizite, auch was die Praxis der Aufsichtsbehörden angeht“, erklärte Liesching und warnte davor, dass diese Art von Videotheken „möglicherweise die jugendschutzrechtlich in der Regel wesentlich sichereren konventionellen Personalvideotheken in Zukunft gänzlich verdrängt. Die jüngsten Entwicklungen in Bayern zeigen in diese Richtung.“ JK

Kein Personal, immer offen:  
Automatenvideothek.  
Foto: Schälte

Elke Rühl (CDU) auf dem Weg zur Anhörung des Ausschusses für Frauenpolitik.

Foto: Schälte

## Gleichstellung ist kein Luxus

### Anhörung zum Thema einer geschlechtergerechten Haushaltspolitik

*Nicht nur ausgeglichen soll der Landeshaushalt sein, sondern auch gerecht. Bei der ausgewogenen Verwendung von Steuergeldern soll ein Verfahren helfen, das die Haushaltsposten danach aufschlüsselt, ob sie Männern oder Frauen zugute kommen. Daraus ist im nächsten Schritt abzuleiten, wo zukünftig gestrichen oder ausgegeben werden kann. Dies wird als Gender Budgeting bezeichnet, das laut Antrag der GRÜNE-Fraktion im Rahmen der Haushaltsreformen schnellstens umzusetzen sei. Der Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitz: Elke Rühl, CDU) hörte zu dem Thema Sachverständige an.*

Gender Budgeting kann nur funktionieren, wenn der Wille zum Gender Mainstreaming insgesamt vorhanden ist“, war die einhellige Meinung der Expertinnen und Experten. Gender Mainstreaming wiederum bezeichnet die Berücksichtigung der unterschiedlichen Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf Männer und Frauen. In einigen Nachbarländern ist dies bereits Leitgedanke der Politik und hilft dabei, so genannten „Gender Gaps“ – Geschlechterungerechtigkeiten – zu verkleinern. Der große Vorteil von Gender Budgeting sei die Schaffung umfassender Transparenz über die Verwendung der Mittel.

„Wenn wir nun wissen, wer welche Leistungen wie wahrnimmt, welche Konsequenzen ziehen wir daraus?“ fragte Maria Westerhorstmann (CDU).

„Es ist wichtig, nicht in der Datenauflistung stecken zu bleiben“, so die Antwort der Bundestagsabgeordneten Marie-Luise Dött, Vorsitzende des Bunds der katholischen Unternehmer Köln. Aus der Analyse müssten Handlungsinitiativen abgeleitet werden.

Sorgen bereiteten die von der Landesregierung angekündigten Haushaltskürzungen. „Wenn mit dem Rasenmäher überall 20 Prozent gekürzt werden, trifft das den frauenpolitischen Bereich besonders hart, da dieser sowieso

schlechter ausgestattet ist“, kritisierte Dr. Elisabeth Klatzer vom Bundeskanzleramt Österreich. Die Schlechterstellung des Frauenbereichs werde billigend in Kauf genommen. Insbesondere die Bemühungen Oberösterreichs in punkto Geschlechtergerechtigkeit sind bereits weiter gediehen als die des großen Nachbarn Deutschland.

Das Ziel solle sein, das Instrumentarium auf alle Haushaltsbereiche anzuwenden, fand Klatzer außerdem. Man könne mit leicht zuzuordnenden Kernbereichen beginnen. Beliebtes Beispiel sind in diesem Zusammenhang die Sportstätten, die mit 61,3 Prozent von Männern genutzt werden, und die integrative Erziehungsberatung, die wiederum zu 73 Prozent Frauen anlockt. Es müsse jedoch verhindert werden, dass diese Projekte in den Kinderschulen stecken blieben.

„Die Kosten für die Umsetzung von Gender Budgeting sind sehr hoch“, wandte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) ein. Gerechtigkeit müsse nicht bedeuten, dass jeder gleich vom Haushalt profitiere, sondern vielmehr, dass dort mehr Geld hinfließe, wo die Probleme am akutesten seien.

Diese Ansicht stieß in der Expertinnenrunde auf heftigen Widerspruch. „Gleichstellung ist kein Luxus“, wendete die Leiterin der Gleichstellungsstelle München, Friedel Schreyögg, ein.

„Die Mehrzahl der Expertinnen erwähnen keine immensen Kosten“, merkte auch Gerda Kieninger (SPD) an. Vielmehr senke Gender Budgeting dauerhaft die Ausgaben. Denn erst wenn erhoben sei, wem die Gelder zugute kämen, werde gezieltere Förderung möglich.

Das konnte Dr. Ute Weinmann aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin bestätigen. Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte 2002 die Implementierung von Gender Budgeting beschlossen. „Viele Daten müssen nicht erst erhoben werden, sondern liegen vor und sind nur noch nicht unter Gender-Gesichtspunkten ausgewertet“, erklärte Ute Weinmann. Man könne mit den vorhandenen Ressourcen auskommen, indem man die Kompetenzen bündele.

„Wenn wir Gender Budgeting umsetzen wollen, wie fangen wir konkret an“, wollte Barbara Steffens (GRÜNE) wissen. Die Antwort: „Berlin hat 2002 beschlossen, dass alle Senats- und Bezirksverwaltungen bis zum Jahr 2007 ihre Haushalte geschlechtersensitiv zu gestalten haben. 2003 wurde unter dem Vorsitz des Finanzministeriums eine Landeskommision konstituiert, die das operative Geschehen überwacht und zum Eingreifen befugt ist“, ließ Weinmann den Ausschuss an den Erfahrungen Berlins teilhaben. Die Gründung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe empfahl sie auch für NRW, ebenso die Erstellung eines Zeitplans zur Umsetzung, bei dessen Erstellung die Erfahrungen anderer Länder hilfreich sein könnten.

YV



# Leben ist mehr als Beruf und Arbeit

## Weiterbildung stellt Weichen in Richtung Ganzheitlichkeit

*„Leben ist mehr als Beruf und Arbeit, öffentlich verantwortete Weiterbildung umfasst mehr als berufliche Bildung.“ Kurt Koddenberg, Sprecher des Gesprächskreises für Landesorganisationen, brachte es so auf den Punkt. Weiterbildung in NRW soll sich nach dem Willen aller politischen Parteien und Fachleute künftig verstärkt am ganzheitlichen Leitbild des lebenslangen Lernens orientieren, eine gleichwertige „vierte Säule“ im Bildungssystem sein.*

Im Rahmen der 11. Weiterbildungskonferenz von Landtag und Landesregierung erteilte eine – erkältete – Schulministerin Barbara Sommer (CDU) mit leisen aber deutlichen Worten der noch im letzten Jahr an gleicher Stelle diskutierten „institutionellen Einbindung von Weiterbildung in die regionale Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik“ eine Absage: „Dieser Vorschlag ist vom Tisch. Das Politikfeld Weiterbildung mit dem Weiterbildungsgesetz ist nun klar dem Bildungssystem zugeordnet. Das neue Referenzsystem der Weiterbildung ist der Gesamtbildungsbereich mit seiner umfassenden Zielsetzung des lebensbegleitenden Lernens.“

Damit sei, so waren sich alle Beteiligten einig, auch eine weitere Novelle des 2006 in Kraft tretenden Weiterbildungsgesetzes überflüssig. Schließlich habe man in der sechs Jahre dauernden Übergangszeit am Ende alle offenen Fragen im Konsens lösen können. Abgeordnete und Experten stimmten einhellig zu, die Schwerpunkte bewusst auf Lerninhalte wie Gesundheitsbildung, private Haushaltsführung, bürgerliches Engagement und Kultur, aber auch den zweiten Bildungsweg zu setzen. Als zukunftsfruchtbar charakterisierten die Teilnehmer ebenfalls das derzeit an 13 Standorten im Land begonnene Projekt „Weiterbildung geht in die Schule“. Schließlich werde dort das Fundament für lebensbegleitendes Lernen gelegt.

Nach Willen der Ministerin soll es in der künftigen NRW-Weiterbildungspolitik keine kleinteilige Bewertungen mehr geben. So werden im Zuge des Bürokratieabbaus die Einzelprüfungen abgeschafft.

Froh über die eindeutigen Signale, zeigte sich denn Sigrid Beer (GRÜNE) und setzte auf eine „Priorität von Bildung, getragen von allen“. Sie regte darüber hinaus eine weitere Weiterbildungsoffensive an. „Eine Idee mit Charme“, fand auch FDP-Sprecherin Ingrid Pieper-von Heiden.

„Auch wir begrüßen die Prioritätensetzung. Allerdings passen die Erwartungen immer weniger mit den realen finanziellen Möglichkeiten von Einrichtungen, Trägern und erst recht nicht von Teilnehmern zusammen“, goss Kurt Koddenberg unter großem Beifall der Weiterbildungsexperten Wasser in den Wein. Trotz der allseits gelobten Effizienzsteigerungen arbeiten seiner Erfahrung nach viele Weiterbildungseinrichtungen am Rande ihrer Möglichkeiten. „Wir brauchen jetzt eine bessere Ausstattung“, verwiesen die NRW-Weiterbilder auf die in 2004 und 2005 um 15 Prozent gekürzten Fördermittel. Denn gerade jene, die die Aufmerksamkeit der Gesellschaft brauchen, könnten höhere Gebühren bald nicht mehr zahlen und würden so vom Weiterbildungssystem ausgeschlossen.

„Vergessen Sie nicht den Treibstoff, um die Weiterbildung ins Rollen zu bringen“, packte Koddenberg die Koalition bei der Ehre: Nach der Wahl Wort zu halten und die öffentlichen Gelder auf das Niveau des Jahres 2000 anzuheben. Allein wenn es um das Nachholen von Schulabschlüssen gehe, ergänzte Rainer Hammelrath vom Landesverband der Volkshochschulen, reichten die im Landeshaushalt eingestellten fünf Millionen gerade einmal für 6.000 Teilnehmer. „Wir haben aber darüber hinaus jetzt schon 1.500 auf der Warteliste, brauchen in der Realität mindestens acht Millionen“, machte er die Dimensionen klar.

Mit mäßigem Erfolg. „Neues Geld kann ich Ihnen nicht versprechen. Wohl aber eine verlässliche Grundförderung“; weder Ministerin Barbara Sommer noch die Vertreter der Koalitionsfraktionen nannten dabei konkrete Zahlen. Und stießen bei den Weiterbildern damit zumindest in Ansätzen sogar auf Verständnis. „Die Absage an zusätzliches Geld ist nicht überraschend“, so der Vertreter des Städtetages. Trotzdem stünden die Kommunen zur Pflichtaufgabe Weiterbildung. „Das Konnexitätsprinzip ist aber seit langem nicht mehr gegeben.“ Und das, obwohl gerade der zweite Bildungsweg an Volkshochschulen für das Land günstiger sei, als wenn man dies über Lehrer organisiere.

Ute Schäfer (SPD) schloss sich den Forderungen nach mehr Geld für die Weiterbildung an: „Die Kürzungen sind uns damals nicht leicht gefallen“, warb sie um Verständnis. Sie verwies auf die seinerzeit geplante Wiederaufstockung für das kommende Jahr. Ob und in welcher Höhe die am Ende komme, dazu wollte sich auch CDU-Sprecher Klaus Kaiser nicht äußern. „Ich weiß aber schon, was der Handlungsauftrag an mich als Bildungspolitiker in den Haushaltsberatungen ist.“

vok



Längst ist die Weiterbildungskonferenz zur guten Tradition geworden. Auf dem Foto Gastgeber und Ausschussvorsitzender Wolfgang Große Brömer (l.), Weiterbildungsministerin Barbara Sommer (r.) sowie Kurt Koddenberg (2.v.l.) und Rainer Hammelrath (2.v.r.).

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Die Landesregierung will ein Bleiberecht für langjährig geduldete, sozial integrierte Flüchtlinge erreichen. In einer Sondersitzung des **Innenausschusses** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) kündigte Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) an, er werde eine entsprechende Initiative in die Innenministerkonferenz (IMK) von Bund und Ländern einbringen. Voraussetzungen sollen ein mehrjähriger Aufenthalt in Deutschland, wirtschaftliche Unabhängigkeit und gute Deutschkenntnisse sein. Während SPD und Grüne eine solche Lösung befürworteten, gab sich die CDU zunächst skeptisch: Die gesetzlich fixierte Ausreisepflicht müsse vollzogen werden, so die CDU. Ein Bleiberecht sei „ein Spagat zwischen der Ausführung von Gesetzen und einer humanitären Regelung“, räumte Wolf ein. Die IMK habe daher die Frage zu klären, ob man „Gnade vor Recht“ ergehen lassen könne. In jedem Fall müsse es eine restriktive Ausnahmeregelung sein, die die Sozialkassen nicht belaste.

+++

Die von den Regierungsfractionen und der Landesregierung vorgesehene Umgestaltung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren stand jetzt im **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) zur Diskussion. Von der Fraktion der SPD wurde eine öffentliche Anhörung zum Thema beantragt. Die Grünen legten einen Entschließungsantrag mit dem Titel „Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Vorschulalter verbessern – Familien unterstützen – Standards für ‚Zentren für Kinder und Familien‘ festlegen“ (Drs. 14/794) vor. Keine Fraktion stellte sich der Durchführung einer Anhörung entgegen, der Zeitpunkt wurde jedoch heftig diskutiert. Die Grünen wünschten einen frühen Termin in 2006, um gewonnene Erkenntnisse noch in das anlaufende Ausschreibungsverfahren der Landesregierung einbringen zu können. SPD und Koalitionsfraktionen sahen hingegen einen Zeitpunkt gegen Ende der ersten Jahreshälfte als geeigneter an, um Erkenntnisse aus der Ausschreibung verwerten zu können. Eine erste Bestandsaufnahme seitens der Landesregierung ist für Mai 2006 geplant.

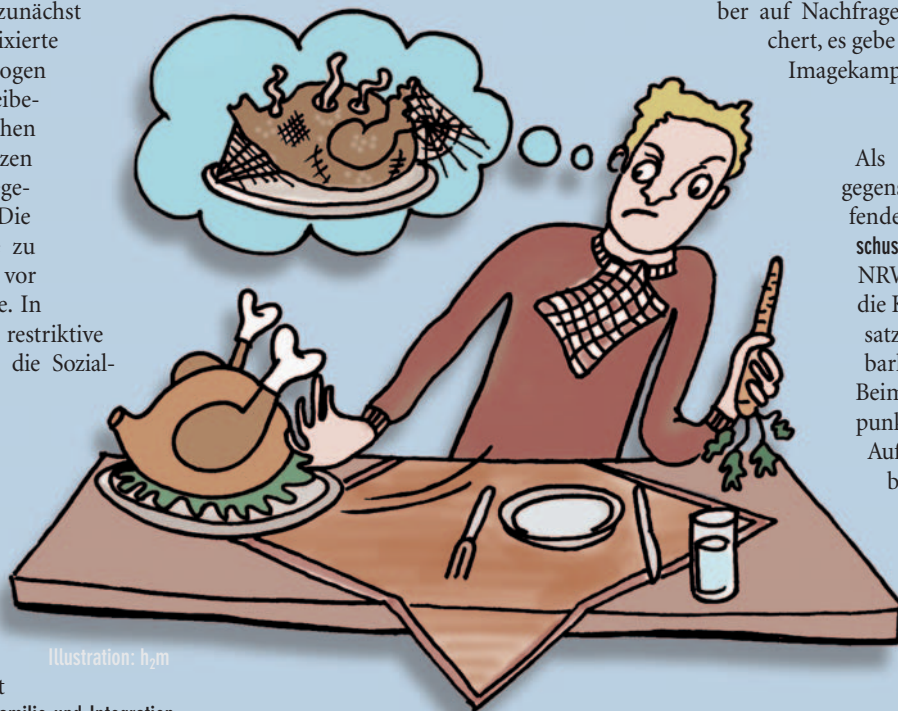


Illustration: h,m

Nur unappetitlich oder auch gesundheitsgefährlich? Der Fleischskandal in NRW beschäftigte jetzt erneut den Landtag. In einer von der SPD-Fraktion beantragten Sondersitzung des **Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) bekräftigte Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) nochmals, dass von dem sichergestellten „Gammelfleisch“ keine Gesundheitsgefahr für die nordrhein-westfälischen Verbraucherinnen und Verbraucher

ausgegangen ist. Diese Einschätzung deckte sich im Übrigen mit der des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums. Damit widersprach der Minister Pressemitteilungen, wonach das niedersächsische Landwirtschaftsministerium eine Gesundheitsgefährdung nicht ausschließe. Auch ein vom Bundesinstitut für Risikobewertung eingeladenen Sachverständiger für Lebensmittelhygiene konnte eine Gesundheitsgefährdung nicht bestätigen.

+++

Die Landesregierung hat erneut Vorwürfe zurückgewiesen, sie plane eine Imagekampagne für Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU). „Es gibt keine Imagekampagne, erst recht keine Luxus-Imagekampagne“, betonte Regierungssprecher Thomas Kemper (CDU) in einer Sondersitzung des **Hauptausschusses** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Daran ändere auch ein neuerlicher Bericht des „Focus“

nichts, der über eine angebliche Kampagne für den Regierungschef berichtet hatte. Ein in der Staatskanzlei erstelltes Papier enthalte lediglich Vorschläge für Repräsentationsveranstaltungen des Landes und gehe über entsprechende Planungen für den früheren Ministerpräsidenten Peer Steinbrück (SPD) nicht hinaus. Dies sei „übliches Geschäft“ einer Staatskanzlei, sagte Kemper. Die SPD warf der Landesregierung vor, in einer früheren Sitzung des Hauptausschusses zu diesem Thema nicht die Wahrheit gesagt zu haben. Kemper hatte bereits im Oktober auf Nachfragen der Opposition versichert, es gebe keine Planungen für eine Imagekampagne.

+++

Als „gelungenes Beispiel gegenseitiger länderübergreifender Hilfe“ hat im **Innenausschuss** der Inspekteur der NRW-Polizei, Dieter Wehe, die Kooperation mit den Einsatzkräften aus dem Nachbarland Hessen bezeichnet. Beim selben Tagesordnungspunkt, der parlamentarischen Aufarbeitung der witterungsbedingten Stromausfälle im Münsterland Ende November, dankte Innenstaatssekretär Karl Peter Brendel der Bevölkerung für die große gegenseitige Hilfsberei-

tschaft. Dadurch seien viele Probleme gemildert worden. Als eine Folge der Stromausfälle soll zu Beginn des kommenden Jahres eine Übersicht über die in NRW vorhandenen Notstromaggregate fertig gestellt werden.

+++

Eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Thema „Zukunft der Schulbezirke“ hat der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) für den 11. Januar um 10.30 Uhr im Plenarsaal anberaumt. Bereits im September hatte die SPD-Fraktion diese beantragt. Hintergrund ist die von der Landesregierung geplante Novellierung des Schulgesetzes NRW, die unter anderem die landesweite Abschaffung der Schulbezirke für Grundschulen zum Schuljahr 2008/2009 vorsieht. Die SPD spricht sich ausdrücklich für einen Erhalt der Grundschulbezirksgrenzen aus.

# „25 Jahre gut verbunden“

## Im Dienst von Millionen Menschen: Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)

BärenTicket, City-Ticket, SchokoTicket, SemesterTicket, TagesTicket, YoungTicket und Ticket 2000. Nicht zu vergessen Ferien- und SchönesWochenendeTicket, Tickets für eine Woche, einen Monat oder gleich als Abo. Ob Schüler, Studenten, oder Senioren. Ob zum klassischen Sonntagsausflug, täglich zur Arbeit oder von der Party nach Hause – der VRR hat den Anspruch, jeden zu bewegen.



Seit einem Vierteljahrhundert will er den öffentlichen Personennahverkehr verbessern, ihn kundennäher gestalten. „25 Jahre gut verbunden“, so lautet das Motto des Jubiläumsjahres. Gegründet als größter Verbund Deutschlands ist er inzwischen der größte Verkehrsverbund Europas. Es scheint nichts Besonderes mehr zu sein, mit nur einem Ticket von Haltern bis Solingen oder von Dortmund bis an die holländische Grenze zu fahren.

Bis der VRR gegründet werden konnte, waren sieben Jahre Planung nötig. Die Vertragsunterzeichnung musste mehrmals verschoben werden. Als Dr. Horst Ludwig Riemer (FDP), damals Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, und die Vertragspartner Städte, Kreise und Deutsche Bundesbahn am 30. Oktober 1978 den Vertrag zur Gründung des VRR unterschrieben, war die Diskussion nicht beendet. Zwei Wochen später standen zwei Anträge der CDU-Fraktion auf der Tagesordnung des Landtags: Der Antrag „Gründung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR)“ und der damit in Verbindung stehende Antrag „Ordnung des öffentlichen Personennahverkehrs im Raum Rhein-Ruhr“. Beide Anträge konnten aus Termingründen erst nach der Unterzeichnung des Vertrags diskutiert werden. „Warum also überhaupt noch debattieren“, winkte die sozial-liberale Koalition ab; „Warum erst jetzt“, beschwerte sich die schwarze Opposition.

Der Abgeordnete Heinz Hardt (CDU) forderte, „aufgrund der verkehrlichen Gegebenheiten die Teilung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr in zwei selbständige Verbundräume, a) den Verkehrsverbund Ruhr und b) den Verkehrsverbund Rhein-Mitte“. Ein Großverbund sei ein erfolgreiches Konzept der Koalition, konterte der Abgeordnete Kurt Nowack (SPD): „Ich weiß nicht, meine Damen und Herren von der Opposition, woher sie heute

noch den Mut aufbringen, nachdem Ihnen die eigenen Bataillone – sprich: Städte und Kreise des linken Niederrheins – weggelaufen sind, noch einmal mit uns die Frage der zwei Verbundräume zu diskutieren.“ Die FDP-Abgeordnete Mechthild von Alemann sprang ihm bei: „Wir wollen die Grenzen, die durch die verschiedenen kommunalen Verkehrsunternehmen geschaffen sind, überwinden und nicht neue künstliche Grenzen schaffen. Ein eigener Verkehrsverbund am linken Niederrhein würde zumindest für Düsseldorf ganz schlimme Auswirkungen haben.“ Weitere Streitpunkte waren die Verteilung der Verantwortlichkeiten auf Seiten der Gewerkschaften und – wie so oft – die Finanzierung des Projekts.

### FLICKENTEPPICH

Beide Anträge wurden vom Parlament abgelehnt. Verkehrsminister Riemer war dankbar für die Unterzeichnung des Vertrags und bilanzierte: „Es gab einen Flickenteppich der Nahverkehrsunternehmen. Nicht nur die Netze waren nicht miteinander verbunden, sondern auch die Fahrpläne. Es gab auch unterschiedliche Tarife, und auch die technische Abwicklung erfolgte mit mehreren Fahrscheinen.“ Diese Probleme sollten mit dem Start des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr zum 1. Januar 1980 gelöst werden.

In den ersten Jahren stiegen die Kundenzahlen rasant. Es entstanden neue Streckenverbindungen, Bahnhöfe und Tunnel wurden gebaut. 1983 hatte bereits eine Milliarde Fahr-

gäste das Angebot des VRR genutzt. Die ersten Schnellbusse und CityExpress-Linien gingen in Betrieb. Die Einführung des Ticket 2000 sorgte 1991 für ein Plus von 15 Prozent. 1993 fuhr bereits jeder siebte Einwohner im VRR mit einem Dauerticket. Mittlerweile können Kunden ihre Tickets längst elektronisch kaufen und Fahrplanauskünfte im Internet einholen.

Das nächste große Projekt sind die Spiele der Fußball-WM 2006 im Land: Nicht nur der An- und Abreiseverkehr zu den Stadien, sondern auch alle anderen Fahrten zu Veranstaltungen im Rahmen der Weltmeisterschaft müssen geplant und organisiert werden. Der VRR denkt an spezielle WM-Linien auf besonders belasteten Streckenabschnitten, will das Nachtnetz ausbauen und Sonderzüge zu bestimmten Spielen und anderen Veranstaltungen einsetzen. Alles im Sinne der „guten Verbundenheit“. **WL**

### Daten und Fakten zum VRR

Fläche	5.027,4 km <sup>2</sup>
Einwohner	7.202.800
Kreisfreie Städte	16
Kreise	5
Verkehrsunternehmen	27
Eisenbahnverkehrsgesellschaften	3
Zurückgelegte Kilometer im SPNV	40.900.000
Zurückgelegte Kilometer im ÖPNV	240.100.000

Stand: 2004

SPNV: Schienen-Personennahverkehr  
ÖPNV: öffentlicher Personennahverkehr

# Von Wahlen, Präsidenten- und Papstbesuchen

## Ein ereignisreiches politisches Jahr im Rückblick von „Landtag intern“

*Alles neu macht der Mai! Die Wahl war sicher das einschneidendste Ereignis im politischen Landeskalendar der Jahre 2005. Aber auch sonst dürften die letzten zwölf Monate als die wohl seit langem spannendsten in die Geschichte des Landtages eingehen. Ein paar Schlaglichter.*

### Januar

Halbmast vor dem Parlament: Der Landtag trauert mit den Opfern der Tsunami-Katastrophe in Südostasien. Und zeigt sich beeindruckt von der Hilfsbereitschaft der Menschen in Nordrhein-Westfalen. „Bewahren Sie dieses Mitgefühl auch für die, die nicht im Rampenlicht stehen“, appelliert Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei einer Gedenkminute im Plenum. Dort geht es auch um die Folgen, die für den heimischen Katastrophenschutz zu ziehen sind.

Ganz bescheiden, „wohltuend unpräzise“ kommt Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler zum Antrittsbesuch in den Landtag – zu Fuß. Dabei hat der erste Mann im Staate deutliche Worte im Gepäck: Über den beispielhaften Aufbruchgeist der „Malocher der Kohle- und Stahlzeit“, aber auch die Bedeutung der Landesparlamente und die Krise der Glaubwürdigkeit von Politik.

### Februar

Modellprojekt NRW – in erster Lesung diskutiert das Parlament ein neues Abgeordnetengesetz. Strengere Regeln für Nebenjobs und mehr Kontrolle durch das Präsidium; verbunden mit einer neuen Struktur bei den Diäten und deren Steuerpflicht wollen die Abgeordneten bundesweit ein Beispiel geben. Manchem geht die Regelung jedoch noch nicht weit

genug: Die Grünen fordern die vollständige Offenlegung aller Einkünfte der Volksvertreter.

60 Jahre Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz – in Düsseldorf Anlass für einen kritischen Blick auf Gegenwart und Zukunft. Der ehemalige israelische Botschafter Avi Primor lobt bei der Landtags-Gedenkstunde die deutsche Erinnerungskultur.

Mit 117 zu 110 Stimmen verabschiedet der Landtag das neue Schulgesetz. Damit werden in NRW das Abitur nach zwölf Jahren, zentrale Prüfungen und Verbundschulen Realität. Für Aufregung sorgen Pläne der Landesregierung für eine neue Struktur der Polizei.

### März

Erstmals sind in NRW mehr als eine Million Menschen arbeitslos. In einer Sondersitzung diskutiert das Parlament über Ursachen und notwendige Konsequenzen. Während SPD-Fraktionschef Edgar Moron auf die Wirkungen von Agenda 2010 und Hartz-Gesetzen setzt, wirft Oppositionsführer Jürgen Rüttgers (CDU) der Landesregierung Wirklichkeitsverlust vor.

Nach einer vom Vorwahlkampf bestimmten Debatte verabschiedet der Landtag den Nachtragshaushalt. Der Ausschuss für Städtebau setzt sich in einer Sondersitzung mit den Korruptionsvorgängen in der landeseigenen LEG auseinander. Und im Plenum sorgen bildungs-

politische Themen wie Studiengebühren und Studienkonto für heftige Diskussionen, ebenso wie die Absicht, das Halbjahreszeugnis der dritten Klasse abzuschaffen.

### April

„Die Pflege darf nicht zum Pflegefall werden.“ Nach drei Jahren Arbeit stellt die Enquetekommission „Zukunft der Pflege“ ihren Abschlussbericht vor. Über 160 Handlungsempfehlungen hat das Expertengremium erarbeitet. Derzeit sind 495.000 Menschen in NRW pflegebedürftig, 2040 werden es trotz sinkender Gesamtbevölkerungszahl schätzungsweise 659.000 sein.

Begeistert sind Politiker aller Fraktionen vom Erfolg der Stadt Essen: Stellvertretend für das Ruhrgebiet hat Essen es in die Finalrunde „Kulturhauptstadt 2010“ geschafft. „Ein Riesengewinn für das Ruhrgebiet.“

### Mai

NRW wählt den Wechsel – und leitet gleichzeitig den Regierungswechsel in Berlin ein. 1.400 Journalisten aus aller Welt berichten am 22. Mai über einen Wahlabend der Superlative aus der Volksvertretung am Rheinufer. 44,8 Prozent der Wahlberechtigten sprechen der CDU das Vertrauen aus. Die SPD von Ministerpräsident Peer Steinbrück kommt auf 37,1 Prozent, Grüne und FDP erhalten am Ende je 6,2 Prozent. Die Nachricht des Abends kommt dann aus Berlin: SPD-Chef Franz Müntefering kündigt völlig überraschend vorgezogene Bundestagswahlen an.

Mit der Legislatur endet auch die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu „Missständen in Landesgesellschaften“. Während die scheidende Koalition von „außer Spesen nichts gewesen“ spricht, sehen CDU und FDP ihre Vorwürfe bestätigt.

### Juni

„Wir sind gewählt, nicht erwählt“, gibt Regina van Dinker in der konstituierenden Sitzung



einem auf 187 Abgeordnete verkleinerten Parlament mit auf den Weg. Die Hattinger Christdemokratin ist die neue Landtagspräsidentin. Ihren Eid leistet sie getreu der Landesverfassung, die in diesem Monat übrigens 55 Jahre alt wird. Stellvertreter der Präsidentin in der neuen Wahlperiode sind Angela Freimuth (FDP), Edgar Moron (SPD) und Dr. Michael Vesper (GRÜNE).

Tage später spricht Jürgen Rüttgers (CDU) inmitten der Abgeordneten den Amtseid. 300 Ehrengäste und ein Dutzend Kamerateams werden Zeuge, wie nach 39 Jahren ein CDU-Politiker wieder Ministerpräsident in NRW wird. Der empfindet angesichts des besonderen Momentes „Freude, Dankbarkeit und Demut“. Zu den ersten Gratulanten nach der Wahl gehört sein Amtsvorgänger Peer Steinbrück.

## Juli

„Ein Land der neuen Chancen“ – so umreißt der frisch gekürte Ministerpräsident Vorstellungen und Ziele seiner Regierungsarbeit. Und spricht von einem anstrengenden Weg, der Opfer kosten werde – „und jeder wird es merken“. Oppositionsführerin Hannelore Kraft (SPD) hingegen redet von einem „Dokument der Enttäuschung“, wirft dem neuen Ministerpräsidenten vor, schon kurz nach der Wahl die gegebenen Wahlversprechen nicht einhalten zu können.

In Schweigeminuten trauert das Parlament um die Opfer der Anschläge von London.

Im Landtag nehmen 18 neu gebildete Ausschüsse ihre Arbeit auf. Die Debatte um eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt einen ersten Vorgeschmack auf den Bundestagswahlkampf.

## August

Die Jugend der Welt kommt nach Nordrhein-Westfalen. Und auch der Landtag öffnet zum Weltjugendtag seine Pforten. Zwei Tage

lang diskutieren Politiker und Kirchenvertreter mit den jungen Menschen. Im Namen aller Abgeordneten begrüßt Regina van Dinther Papst Benedikt XVI. bei seiner Ankunft in Köln, dem Ziel seiner ersten Auslandsreise. Beeindruckende Abschlussfeier auf dem Marienfeld.

## September

Mit Spannung blickt man in NRW auf das, was der Wähler der Bundespolitik beschert hat. Während sich in Berlin die ersten zaghaften Sondierungsgespräche beginnen, stellen in Düsseldorf die Minister in den Fachausschüssen ihr Arbeitsprogramm vor.

Die Verkaufspläne der LEG sorgen im Plenum für ebenso heiße Debatten wie fehlende Lehrerstellen und der Nachtragshaushalt. Während Finanzminister Linssen von der Schlussbilanz der alten Regierung, dem Ende von Schattenhaushalten und finanziellen Schlaglöchern spricht, kritisiert die Opposition „stille Reserven“ für Nachwahlgeschenke und 91 neue Stellen in den Ministerien.

## Oktober

100 Tage Schwarz-Gelb, die übliche Schonfrist ist vorbei. Im Plenum ziehen die Parteien erste

Bilanz der neuen Regierung Rüttgers. Für Verwirrung sorgen kurzzeitig widersprüchliche Aussagen des Ministerpräsidenten rund um drohende Schulschließungen.

Im Bauausschuss demonstrieren drei Dutzend Bürger gegen befürchtete Abstriche beim Mieterschutz. Der Gesundheitsausschuss muss sich Mitte des Monats mit unerfreulichen Themen wie Vogelgrippe, Schweinepest und Fleischskandal beschäftigen.

## November

Nicht nur die raketengleich gestiegenen Spritpreise sind Grund für mehrere Debatten rund um das Thema Verkehrspolitik. Einmütig sprechen sich die Fraktionen gegen die Pkw-Maut aus. Keine Mehrheit bekommt im Verkehrsausschuss ein Antrag der Grünen, gegen Maut-Ausweichverkehr vorzugehen. Mit einer Kampagne will das Land die Treibstoffalternative Erdgas fördern.

Während die Debatte um den Nachtragshaushalt in die nächste Runde geht, das Thema Kopftuchverbot den Landtag beschäftigt, wird es im Plenarsaal harmonisch: Die Vereinigung ehemaliger Landtagsabgeordneter feiert ihren 25. Geburtstag.

## Dezember

Der Skandal um verdorbenes Fleisch verfolgt die Landespolitik bis in die Weihnachtszeit. Dabei geht es auch um die Kontrollstrukturen auf Landesebene, die nach Meinung des zuständigen Ministers grundsätzlich funktioniert haben.

Schneechaos im Münsterland und die Nachwirkungen des tagelangen Stromausfalls im Plenum und den Ausschüssen: Wer trägt die Verantwortung, wer ersetzt die Schäden und wer kontrolliert künftig die Sicherheit der Netze, lauten wichtige Fragen.

In der Sache einig, aber uneinig über den richtigen Weg, präsentierte sich das Parlament im Kampf gegen die Immunschwäche HIV. Zum Welt-Aidstag debattiert der Landtag konkurrierende Anträge von Koalition und Opposition. Einig sind sich die Fraktionen, dass gegen die wachsende Zahl von Neuinfektionen dringend etwas getan werden muss.



CDU

## Neuausrichtung der Bildungspolitik in NRW

In einer Aktuellen Stunde befasste sich der Landtag mit den vom Kabinett verabschiedeten Eckpunkten für ein neues Schulgesetz. Bernhard Recker, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion, machte deutlich, dass die Verantwortung für die schlechten Leistungen an den Schulen in NRW nicht bei Schülern oder Lehrern liege: „Unsere jungen Menschen in NRW sind mindestens genauso begabt und die Kollegien genauso engagiert wie in anderen Bundesländern. Also muss es an Rahmenbedingungen liegen, die Politik gewährt beziehungsweise nicht gewährt hat.“ Mit dem neuen Schulgesetz schaffe die neue Landesregierung nun die notwendigen Voraussetzungen für eine Neuausrichtung der Bildungspolitik.

Das in der Kritik stehende geplante Übergangsverfahren von der Grundschule in die Sekundarstufe I verteidigte der CDU-Schulexperte: „Dieses Übergangsverfahren wird Fehlentwicklungen verhindern. Hinzu kommt: Wir werden die Durchlässigkeit ganz massiv verbessern. So hat jeder Schüler bei guten Leistungen jedes Jahr die Chance, die Schulform zu wechseln. Die Entscheidung nach Klasse 4 ist also immer änderbar. Fazit: Wir achten den Elternwillen und er wird bei den Beratungsgesprächen in der Grundschule eine große Rolle spielen. Aber dieser Elternwille darf nicht Ausschließlichkeitscharakter haben – es muss letztlich um das Wohl des Kindes gehen!“

SPD

## SPD fordert Strom-TÜV

Die Stromversorgung ist die Achillesferse der modernen Industriegesellschaft. Als Konsequenz aus dem tagelangen Zusammenbruch des Stromnetzes in Nordrhein-Westfalen vor einigen Wochen fordert die SPD-Landtagsfraktion einen Strom-TÜV. Die Berichte in der von der SPD beantragten Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses zum Schneechaos im Münsterland haben gezeigt, dass eine unabhängige Überprüfung und Überwachung der Stromnetze in unserem Land notwendig ist. Deshalb schlägt die SPD-Fraktion vor, die Bundesnetzagentur zu einem Strom-TÜV auszubauen, der die Netzsicherheit prüft und vor allem den technischen Zustand von Leitungen und Masten kontrolliert. Das ist auch im Interesse der Stromkonzerne und vor dem Hintergrund des weiter zunehmenden Wettbewerbs geradezu geboten. In zentralen Punkten der Daseinsvorsorge wie dem Stromnetz zeigt sich, dass es im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ein hohes Maß an politischer Verantwortung und Kontrolle geben muss. Denn das Modell der schwarz-gelben NRW-Regierung „Privat vor Staat“ funktioniert auch hier nicht. Darüber hinaus muss angesichts dieses Ernstfalls auch eine Prüfung des Energiewirtschaftsgesetzes erfolgen. Es muss geklärt werden, ob das Gesetz um einen Ausfallfonds zur Begleichung von Schadenersatzsprüchen bei Netzausfällen ergänzt werden muss. Dieser Fonds soll dann mit finanziellen Mitteln der Stromversorgungsunternehmen gespeist und von der Bundesnetzagentur kontrolliert und verwaltet werden.

GRÜNE

## Weihnachtsbaumschmücken mit der Grünen Fraktion

Auch an der Grünen Fraktion geht die Adventszeit nicht spurlos vorüber. Auf ihre Einladung hin haben sich SchülerInnen und LehrerInnen der Sonderschule Dahlener Straße in Mönchengladbach bereit erklärt, den Weihnachtsbaum vor dem grünen Fraktionssaal zu verschönern. Dazu besuchten sie den Landtag am Nikolaustag mit selbst gebasteltem Weihnachtsschmuck, der nun den Baum vor dem Fraktionssaal schmückt.

Die Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann begrüßte gemeinsam mit den Abgeordneten Sigrid Beer und Dr. Ruth Seidl die Gruppe und hieß sie herzlich im Landtag willkommen. Nach der gelungenen Schmückaktion bedankte sich die Fraktion mit Plätzchen und kleinen Wichtelgeschenken. Sie freut sich, dass sie jetzt den schönsten Weihnachtsbaum von allen hat und wünscht allen Leserinnen und Lesern von Landtag intern ein geruhsames Weihnachtsfest und einen gelungenen Start ins neue Jahr.



FDP

## Kinder- und jugendpolitischer Dialog der FDP-Landtagsfraktion

Gemeinsam mit Experten haben der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Gerhard Papke, und der Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik, Christian Lindner, beim ersten kinder- und jugendpolitischen Dialog der FDP-Fraktion Perspektiven für diesen Bereich in NRW diskutiert. „Die Handlungsmöglichkeiten unserer Kinder und Enkelkinder würden von uns unverhältnismäßig eingeschränkt, wenn wir jetzt nicht beginnen, den Haushalt konsequent zu konsolidieren“, sagte Papke. Die Erblast von Rot-Grün zwingt die Koalition mehr denn je, Schwerpunkte auch in der Jugendförderung zu setzen.

Hans-Jürgen Dahl von der Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Tür NRW und Barbara Pabst vom Landesjugendring NRW machten deutlich, welche unverzichtbaren Bildungsbeiträge die Kinder- und Jugendarbeit leiste und wie wichtig eine funktionierende Infrastruktur sei. Gül Ditsch vom Antidiskriminierungsbüro Siegen hob die Perspektive der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte hervor und warnte davor, Integration allein über die Deutschkenntnisse zu definieren. „Qualitätssteigerungen für die Förderung junger Menschen lassen sich nicht zum Nulltarif realisieren. Aber Investitionen in Kinder zahlen sich mit hoher Rendite aus“, sagten Rainer Strätz vom Sozialpädagogischen Institut NRW und Bettina Montazem, Elternvertreterin aus Köln. Gerhard Stranz von der Internationalen Vereinigung der Waldorfkindergärten forderte, den Blick verstärkt auf die Bildungsbasis, den Kindergarten, zu richten. Marimar del Monte, Kindertageshaus Blauer Elefant Essen, sagte zu den neuen Familienzentren: „Wichtig ist, eine Vielzahl unterschiedlicher Konzepte zu fördern und die Praxis bei der Umsetzung nicht allein zu lassen.“



## Porträt der Woche: Ralf Witzel (FDP)

Ralf Witzel liebt die USA als Reiseziel. Fünf Mal im vergangenen Jahrzehnt war er dort privat unterwegs, nicht als Abenteuerer, Tramper oder dergleichen, was man bei jemandem vom Geburtsjahrgang 1972 vielleicht erwartete. Nein, der Freidemokrat ist mehr fürs konventionelle Reisen, also mit Mietwagen und ordentlicher Bleibe für die Nacht. Keine wilde Bootstour durch den reißenden Colorado-River, keine wacklige Fliegerei zwischen den Felsschichten des Grand Canyon. Witzel strahlt Bürgerlichkeit aus, was nicht nur an seinem soliden Geschäftsanzug liegt. Witzel, der mit 14 Jahren in die FDP eintreten wollte, es aber noch nicht durfte und deshalb das Mitgliedsbuch erst mit 16 bekam, sagt auch Sätze, die von einem jüngeren Wertkonservativen stammen könnten: Er hoffe auf ein Rollback von intakten Familienstrukturen, von family values, wie die Amerikaner das nennen. Der Gesellschaft gehe zuviel verloren durch das Infragestellen von Familie als Institution und das Auseinanderbrechen von Familien.

Familie sei gelebte Subsidiarität. Hinter der Feststellung lugt das spezifisch Liberale des früheren Chefs der Jungen Liberalen (1994-2003) hervor. Familie zu stärken, das heißt für ihn auch, die Verantwortung des Einzelnen für sich und die Seinen zu kräftigen, den Staat zurückzudrängen. Der „Parlamentarische“ der FDP-Fraktion, das merkt man im Gespräch rasch, ist nicht angehaucht von linksliberalem Gedankengut, wiewohl er die Freiburger Thesen eines Karl-Hermann Flach für ein respektables Stück

FDP-Geschichte hält. Der Essener, der in der Metropole geboren wurde, dort als Einzelkind aufgewachsen und zur Schule gegangen ist, dort Betriebswirtschaft studiert hat und auch heute lebt, gehört zu den Bannerträgern von „Mehr Freiheit - Weniger Staat“. Die schwarzgelbe Koalition ist Witzels politisches Wunschbündnis, er sagt sogar „Zukunftsbündnis“. Beim Stichwort „Jamaika“-Koalition scheint es den sonst sehr behutsam, versiert und gepflegt argumentierenden jungen Politiker zu durchzucken: „Jamaika“ sei für ihn eine Horrorvorstellung: „Das ist nicht auf meinem Radar, die Grünen unterscheiden sich in ihrem ganzen staatsgläubigen Welt- und Gesellschaftsbild diametral von der FDP.“

Witzel lässt sich von niemandem widerspruchslos das Etikett „unsozial“ ankleben: „Nicht derjenige handelt sozial, der Wohltaten mit der Gießkanne gibt. Ich will Sozialpolitik gezielt mit dem Gartenschlauch machen, will nur dort wässern, wo wirklich Not herrscht.“

Vater und Mutter - er Diplom-Ingenieur, sie Hausfrau - hat der Filius von der FDP überzeugt, die Eltern gehören jetzt auch zu den Liberalen. Man kann das nachvollziehen, weil Witzel überzeugend und unaufgeregt zu argumentieren versteht, den Eindruck von Ernsthaftigkeit und Sachkunde vermittelt, ohne verbissen zu erscheinen. Die Bildungspolitik zählt zu Ralf Witzels Steckenpferden. Er glaubt, dass NRW in fünf Jahren das führende deutsche Bildungsland sein wird. Man spürt, dass der „Parlamentarische“, der nach eigenem

Bekunden übergücklich mit seiner Aufgabe ist, vom Zauber des Neuanfangs stark umfassen ist. Da ist noch viel Hoffnung auf grundlegende Veränderungen nach dem großen politischen Farbenwechsel. Da kommt auch noch unverstellte Freude an der „unwahrscheinlich spannenden“ Aufgabe auf, die ihm gestellt wurde.

Bevor er 2000 ins Parlament kam, war Witzel in einer großen Essener Firma beschäftigt, Bereich Personalmanagement. Buchhalterei oder Controlling ist seine betriebswirtschaftliche Sache nicht. Auf die Frage, ob er eine Ministerlaufbahn erhoffe, kommt eine nahezu perfekte Parlamentarier-Antwort: Manche hielten ein hohes Amt in der Administration für eine Veredelung von Politik; er nicht. Im Übrigen, so Witzel, gelte für ihn: „Schuster, bleib' bei deinem Leisten.“

Der noch ledige Mann ist auch bei seinen Freizeitaktivitäten kein Extremier: Ein wenig radeln, ein bisschen joggen, ins Kino gehen, ein gutes Buch lesen, und dann, wie eingangs geschildert: ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten verreisen, am liebsten in die US-Städte, weil es dort vergleichsweise traditionell und gemächlich zugehe.

**Autor:**  
*Reinhold Michels*



## FCL: Gut gespielt und doch verloren

Das letzte Spiel der Saison 2005 bescherte dem FC Landtag NRW eine herbe Niederlage von 2:5 gegen die Auswahl der Stadt Erwitte. Das klare Ergebnis täuscht allerdings über die wahre Leistung der Parlamentsmannschaft.

Unter den kritischen Augen von Innenminister Wolf, der gemeinsam mit Erwittes Bürgermeister Wolfgang Fahle den Anstoß ausführte, entwickelte sich auf einem Gelände, das zwischen Rasenteppich und Mondlandschaft changierte, sehenswerter Fußball.

Das Erwitte Team war im Schnitt zehn Jahre jünger und aus diesem Grund etwas lauffreudiger, dafür wurde der FCL durch die früheren Profis Heinz Knüwe (VFL Bochum) und Anton Rütter (Arminia Bielefeld) verstärkt und hielt das Spiel lange offen.

2:1 führten die Erwitte zur Halbzeit. Thorsten Schick, der gemeinsam mit Fuchs

Günter Langen eine den Gegner zwickende Flügelzange bildete, hatte sich 25 Meter vor dem Tor den Ball erkämpft und setzte denselben mit einem trockenen, satten Schuss in die Maschen. Ein schönes Tor. Aber auch nach der Pause hielt der FCL dagegen. Oskar Burkert und Christof Rasche stabilisierten gekonnt die Abwehr. Werner Lohn, aus der Tiefe des Raumes vorstoßend und den zweiten FCL-Treffer auf überlegte Weise erzielend, und der nimmermüde, mit klugen Pässen glänzende Spielgestalter Norbert Stiens wirbelten im Mittelfeld.

Es war trotz der Niederlage eine reife Leistung des FCL. Zu meckern gibt es eigentlich nur über die mangelnde Chancenauswertung. Das Team kann aber aufgrund der gezeigten Spielstärke der letzten Monate zufriedener und hoffnungsvoller in die Saison 2006 gehen.

### LANDTAG INTERN

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten**

**Satz/Gestaltung/Layout:**

h<sub>2</sub>m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 22. Dezember 2005 bis 18. Januar 2006

22.12. Josef Wilp (CDU)	67
23.12. Heinz Sahnen (CDU)	59
30.12. Oliver Keymis (GRÜNE)	45
1. 1. Claudia Nell-Paul (SPD)	52
1. 1. Markus Töns (SPD)	42
4. 1. Hubert Kleff (CDU)	58
5. 1. Helene Hammelrath (SPD)	56
6. 1. Günter Garbrecht (SPD)	56
7. 1. Christian Lindner (FDP)	27
7. 1. Rainer Schmelzter (SPD)	45
8. 1. Hubert Schulte (CDU)	61
10. 1. Josef Hovenjürgen (CDU)	43
10. 1. Olaf Lehne (CDU)	44
13. 1. Volkmar Klein (CDU)	46
18. 1. Horst Engel (FDP)	59

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) ist vor kurzem 75 Jahre alt geworden. Der streitbare Sozialdemokrat war von 1975 bis 1985 Arbeits- und Sozialminister und leitete zehn Jahre lang die SPD-Landtagsfraktion. Im Landtag, dem er mit kurzer Unterbrechung von 1980 bis 2000 angehörte, war er unter anderem Vorsitzender des Hauptausschusses und leitete die Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“. Außerhalb des Landtags wirkte er mehrmals als erfolgreicher Schlichter bei Tarifauseinandersetzungen.

Eckhard Uhlenberg (CDU), Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes und langjähriges Mitglied des Landtags, ist von der südwestfälischen CDU mit überwältigender Mehrheit erneut zum Bezirksvorsitzenden gewählt worden. Seine Stellvertreter Monika Brunert-Jetter (Kreis Siegen-Wittgenstein) und Bernd Schulte (Märkischer Kreis) wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt.

Angelika Gemkow, CDU-Landtagsabgeordnete von 1995 bis 2005 und Vorsitzende der Enquetekommission „Situation der Pflege in NRW“ in der vergangenen Wahlperiode, ist vom Landeskabinett zur neuen nordrhein-westfälischen Behindertenbeauftragten ernannt worden. Die Behindertenbeauftragte soll sich für die Gleichstellung Behinderter in öffentlichen und privaten Institutionen einzusetzen.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 18. Januar 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Weihnachtlichen Glanz verbreitet der farbenfrohe Weihnachtsbaum in der Bürgerhalle des Landtags. Der Waldbauernverband des Landes hat die prächtige sechs Meter hohe Nordmannfichte gestiftet und mit weiteren Fichtenbäumen zu Beginn des Advents an Landtagspräsidentin Regina van Dinter übergeben. Die Schülerinnen und Schüler der Hasencleverschule, einer Städtischen Förderschule in Gevelsberg, haben den Baum mit Freude und Engagement geschmückt. Neben Kugeln und Figuren haben die jungen Leute Blätter mit vielen guten Wünschen zum Weihnachtsfest aufgehängt. Ein besonders bedenkenswerter für die Weihnachtszeit (und darüber hinaus) lautet: „Ich wünsche Dir Zeit für Dein Tun und Dein Denken, nicht nur Dir selbst, sondern auch zum Verschenken.“ – Weitere Weihnachtsbäume für die Landtagsfraktionen kamen von der Fachgruppe Weihnachtsbaum- und Schnittgrünerzeuger im Landesverband Gartenbau Westfalen-Lippe.

Fotos: Schälte